Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9492**

14. Wahlperiode 18. 06. 2002

Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Heidemarie Ehlert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/7912 –

Verteilung und Verteilungswirkungen der Steuern und Abgaben

Vorbemerkung der Fragesteller

In ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihr gemeinsames Regierungsprogramm vereinbart. Danach sollte dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich durch eine gerechte und solidarische Verteilung der Leistungen und Lasten entgegengewirkt und gleichzeitig die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates durch die Sanierung der Staatsfinanzen wiedererlangt werden. Eine konjunkturgerechte und solide Finanzpolitik sollte zu einer Verstetigung der öffentlichen Zukunftsinvestitonen auf möglichst hohem Niveau führen. Beabsichtigt war weiterhin eine große Steuerreform, die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen entlastet. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Koalitonsvereinbarung der Entlastung aller Familien. Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage der Länder sollte ein erheblicher Teil dieser Entlastungen durch eine umfassende Verbreiterung der Bemessungsgrundlage finanziert werden. Gleichzeitig wurde vereinbart, Anstrengungen zur Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden zu unternehmen und das Gemeindefinanzsystem einer umfassenden Prüfung zu unterziehen. Schließlich sollte eine ökologische Steuerreform die Lohnnebenkosten senken und zukunftsfähigen Produkten und Technologien zum Durchbruch verhelfen.

Davon ausgehend hat die Bundesregierung wiederholt umfassende Änderungen des Steuer- und Abgabenrechts vorgenommen. Um diesen Prozess bewerten zu können, bedarf es einer komplexen und zusammenhängenden Darstellung ihrer qualitativen und quantitativen Auswirkungen.

Deren Notwendigkeit ergibt sich insbesondere vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung vorgelegten Armuts- und Reichtumsberichts. Dieser konnte im Wesentlichen nur auf die bis zum Jahr 1998 vorliegende Datenbasis zurückgreifen. Daher war eine tiefergehende Analyse der Steuer- und Abgabenpolitik der Bundesregierung insbesondere in Hinblick auf das Auseinanderdriften von Reich und Arm nicht möglich.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. Juni 2002 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Zudem hat der Armuts- und Reichtumsbericht erneut verdeutlicht, dass die Datenbasis zur Bewertung der Reichtumsentwicklung äußerst lückenhaft ist. Das permanente Ausblenden von Reichtum und seiner Konzentration wirft jedoch erhebliche Probleme bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben auf, insbesondere deshalb, weil die realen Belastungen und Belastungsmöglichkeiten und somit die politischen Handlungsspielräume im Unklaren bleiben. Dauerhaft behindert dies wichtige gesellschaftliche Reformprojekte, wie z. B. den Ausbau des Bildungssektors, den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors oder die Einrichtung eines bedarfsdeckenden Kinderbetreuungssystems.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Herbst 1998 hat die Bundesregierung einen politischen Kurswechsel eingeleitet und neue Prioritäten gesetzt. Sie hat eine Reformpolitik auf den Weg gebracht, die Fortschritt und soziale Gerechtigkeit als zentrale Leitlinien ansieht und miteinander in Einklang bringen will. Die Bundesregierung verfolgt eine Politik, die zu Selbstverantwortung, Solidarität, Innovation und Kreativität anregt und die ökonomische Effizienz, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verknüpft.

Grundlage für eine dauerhaft positive Entwicklung der Einkommen und Vermögen ist eine nachhaltige wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik, wie sie die Bundesregierung seit Beginn der Amtsübernahme im Herbst 1998 erfolgreich betreibt. Eine solche Politik gewährleistet eine optimale Entfaltung der Wachstumskräfte und führt zu mehr Beschäftigung und steigenden Einkommen der Bürger. Sie verbessert die Möglichkeit zur Einkommenserzielung und Vermögensbildung für alle Bevölkerungsschichten.

Die Bundesregierung hat soziale Gerechtigkeit wieder zu einer Kategorie der Steuerpolitik gemacht. Bereits in ihrem ersten Amtsjahr hat sie durch die Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 die Weichen für eine Steuerpolitik zu Gunsten kleiner und mittlerer Einkommen gestellt. Mit der Steuerreform 2000 wird dieser Kurs stufenweise, in verlässlichen Schritten fortgesetzt. Insgesamt entlasten die Steuerreformmaßnahmen der Bundesregierung – nach vollständiger Umsetzung der Steuerreform 2000 im Jahr 2005 – die Steuerzahler jährlich um 56,1 Mrd. Euro gegenüber dem Jahr 1998. Die Reformen erweitern insbesondere die finanziellen Spielräume der privaten Haushalte, die mit 41,1 Mrd. Euro entlastet werden.

Im Rahmen ihrer Steuerpolitik hat die Bundesregierung den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wieder stärker im Steuerrecht betont. Dies steigert die steuerliche Fairness und die Transparenz der Besteuerung. Hierdurch wurde gleichzeitig der Spielraum für die massive Senkung des Einkommensteuertarifs gerade für kleine und mittlere Einkommen gewonnen. Von besonderer Bedeutung sind dabei insbesondere die Anhebungen des Grundfreibetrags und die Senkungen des Eingangssteuersatzes.

Diese Strategie zahlt sich auch für Familien aus. In drei Schritten hat die Bundesregierung das Kindergeld um insgesamt 42 Euro auf 154 Euro monatlich erhöht. Zusätzlich zum bestehenden Kinderfreibetrag wurde ein neuer Freibetrag für den Betreuungs-, Ausbildungs- und Erziehungsbedarf eingeführt. Insgesamt betragen die steuerlich für jedes Kind zu berücksichtigenden Freibeträge nunmehr 5 808 Euro jährlich. Eine Familie mit 2 Kindern und einem Jahreseinkommen in Höhe von 30 000 Euro wird im Jahr 2005 um 2 421 Euro jährlich gegenüber dem Jahr 1998 entlastet. Die gleiche Familie muss im Jahr 2002 bereits über 1 855 Euro weniger Steuern zahlen als 1998.

Auch das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern ist insgesamt ausgewogen. Die indirekten Steuern entwickeln sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sehr stabil. Sie liegen seit rd. 10 Jahren bei gut 11 % des BIP. Die direkten Steuern betrugen Ende der 90er Jahre rd. 12 % des BIP. Nicht zuletzt wegen der breit angelegten Einkommensteuerentlastungen im Rahmen der Steuerreform sind die direkten Steuern seit dem Jahr 2000 um zusätzlich gut 1 %-Punkt des BIP auf rd. 10 $^{3}/_{4}$ % des BIP zurückgegangen.

Die Steuerreform 2000 stärkt zusammen mit der Unternehmenssteuerreform die Attraktivität des Standorts Deutschland und entlastet Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen gleichwertig – dies bestätigt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2001/2002 vom November 2001. Dort wird auch hervorgehoben, dass sich das aufgrund der Steuerreform gestiegene verfügbare Einkommen stabilisierend auf die konjunkturelle Entwicklung auswirkt.

Die umgesetzten Maßnahmen der ökologischen Steuerreform wirken zu Gunsten von mehr Wachstum und Beschäftigung. Mit der Ökosteuer setzt die Bundesregierung wirtschaftliche Anreize zu einem sparsamen Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig verwendet die Bundesregierung das Mehraufkommen an Steuermitteln unmittelbar zur Senkung der Lohnnebenkosten, um die Kosten der Arbeit zu senken. Ohne die Einnahmen aus der Ökosteuer würden die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2002 um 1,5 %-Punkte höher ausfallen.

Die Bundesregierung hat seit dem Regierungswechsel den Reformstau aufgelöst und eine Vielzahl grundlegender wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Reformen in Kraft gesetzt. Zudem hat sie das System der Alterssicherung auf die demografische Entwicklung eingestellt und den Einstieg in eine staatlich geförderte kapitalgedeckte Altersvorsorge beschlossen. Mit einer auf Stabilität ausgerichteten, berechenbaren und verlässlichen Regierungspolitik wurde in den vergangenen vier Jahren den Bedürfnissen der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit neue Geltung verschafft.

Die bisherigen Reformen weisen den Weg für weitere Reformschritte. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter zu steigern und den Menschen eine verlässliche Lebensperspektive zu erhalten. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Modernisierung von Staat und Gesellschaft sind das Fundament für eine sichere Zukunft.

A. Solide und gerechte Finanzierung der Steuerrefom

1. Welche finanziellen Auswirkungen hätte der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 (Bundestagsdrucksache 14/265) bei seiner unveränderten Annahme durch den Deutschen Bundestag für Bund, Länder und Kommunen in den einzelnen Jahren von 1999 bis 2002 gehabt?

Für die Haushalte der Gebietskörperschaften ergaben sich im Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 in den Rechnungsjahren 1999 bis 2002 die nachfolgenden finanziellen Auswirkungen:

Gebiets-körperschaften	Steuermehr-(+)/Steuermindereinnahmen (-) in Mio. DM in den Rechnungsjahren			
	1999	2000	2001	2002
Bund	- 61	- 1.506	+ 315	- 8.356
Länder	+ 2	- 911	+ 769	- 6.536
Gemeinden	+ 116	+ 88	+ 504	- 391
Insgesamt	+ 57	- 2.329	+ 1.588	- 15.283

Quelle: Bundestagsdrucksache 14/265 vom 13. Januar 1999, S. 2

2. Welche Maßnahmen des Entwurfs eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 (Bundestagsdrucksache 14/265) dienten jeweils zur Finanzierung der ersten, zweiten und dritten Stufe der von der Bundesregierung ursprünglich beabsichtigten Steuerreform?

3. Welche der in der Antwort zu Frage 2 zu benennenden Finanzierungsmaßnahmen wurden in der vom Deutschen Bundestag angenommenen Beschlussempfehlung (Bundestagsdrucksache 14/442) geändert bzw. im Hinblick auf die zu erwartenden finanziellen Wirkungen neu berechnet und wie hoch waren die entsprechenden finanziellen Auswirkungen?

4. Welche der in der Antwort zu Frage 2 zu benennenden Finanzierungsmaßnahmen wurden durch nachfolgende Gesetze der Bundesregierung wieder rückgängig gemacht bzw. geändert und wie hoch waren die finanziellen Auswirkungen der nachfolgenden Korrekturen?

5. Wie ändert sich aufgrund der in den Antworten auf die Fragen 3 und 4 zu benennenden Korrekturen die sozioökonomische Aufgliederung (Privathaushalte, Mittelstand, Großunternehmen) der aus dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 resultierenden finanziellen Auswirkungen?

Eine Aufteilung der Maßnahmen zur Finanzierung des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 entsprechend der vorgesehenen Stufen 1999, 2000 und 2002 ist in dem Gesetzentwurf nicht enthalten.

Der Entwurf nennt finanzierende Maßnahmen von rd. 36 Mrd. DM im Entstehungsjahr. Für die Rechnungsjahre 1999 bis 2002 werden im Gesetzentwurf finanzierende Maßnahmen im folgenden Umfang angeführt:

Rechnungsjahr 1999: 10,1 Mrd. DM;
Rechnungsjahr 2000: 22,3 Mrd. DM;
Rechnungsjahr 2001: 27,6 Mrd. DM;
Rechnungsjahr 2002: 41,6 Mrd. DM.

Nach der vom Deutschen Bundestag angenommenen Beschlussfassung beträgt die Summe der finanzierenden Maßnahmen im Entstehungsjahr rd. 35,7 Mrd. DM. Für die Rechnungsjahre 1999 bis 2002 werden in der Beschlussempfehlung finanzierende Maßnahmen in folgendem Umfang angeführt:

Rechnungsjahr 1999: 10,8 Mrd. DM;
Rechnungsjahr 2000: 24,2 Mrd. DM;
Rechnungsjahr 2001: 31,8 Mrd. DM;
Rechnungsjahr 2002: 36,4 Mrd. DM.

Einzelheiten der Änderungen gegenüber dem Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 können den Finanztableaus in den Bundestagsdrucksachen 14/265 und 14/443 entnommen werden.

Die sozioökonomische Aufgliederung (nach Privathaushalten, Mittelstand und Großunternehmen) der finanziellen Auswirkungen der Finanzierungsmaßnahmen nach dem Entwurf zum Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 (Bundestagsdrucksache 14/265) wurde gegenüber der entsprechenden Beschlussempfehlung des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 14/443) für das Entstehungsjahr wie folgt geändert:

	insgesamt	davon:		
		priv. Haushalte	Mittelstand	Großunternehmen
in Mio. DM	-323	-115	-81	-127
in Mio. €	-165	- 59	-41	- 65

6. Welche Maßnahmen des Entwurfs eines Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Bundestagsdrucksache 14/3074) wurden im Ergebnis der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Bundestagsdrucksache 14/3366), des Vermittlungsausschusses und nachfolgender Gesetze geändert und wie verändert sich dadurch die sozioökonomische Aufgliederung der finanziellen Auswirkungen auf die privaten Haushalte, den Mittelstand und die Großunternehmen?

Einzelheiten der Änderungen im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens gegenüber dem Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Bundestagsdrucksachen 14/2683, 14/3074) können den Bundestagsdrucksachen 14/3366 (Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses) und 14/3760 (Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses) sowie dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Steuersenkungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 14/4217) und der Bundestagsdrucksache 14/4547 (Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Steuersenkungsergänzungsgesetz) entnommen werden.

Die sozioökonomische Aufgliederung der finanziellen Auswirkungen des Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung wurde im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens wie folgt geändert (Minusbeträge bedeuten Steuerentlastungen):

a) Gesetzentwurf zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Bundestagsdrucksache 14/3074)

	insgesamt	davon:		
		priv. Haushalte	Mittelstand	Großunternehmen
in Mio. DM	-44.165	-23.423	-15.662	-5.080
in Mio. €	-22.581	-11.976	- 8.008	-2.597

s. BT-Drs. 14/3366, S. 132 lfd. Nr. 7)

b) Änderungen aufgrund Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Bundestagsdrucksache 14/3366)

	insgesamt	davon:		
		priv. Haushalte	Mittelstand	Großunternehmen
in Mio. DM	-805	-427	-285	-93
in Mio. €	-412	-218	-146	-48

s. BT-Drs. 14/3366, S. 132 lfd. Nr. 7)

c) Änderungen aufgrund der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses

	insgesamt	davon: priv. Haushalte	Mittelstand	Großunternehmen
in Mio. DM	-10.670	-5.659	-3.784	-1.227
in Mio. €	- 5.455	- 2.893	- 1.935	- 627

d) Endgültig vom Deutschen Bundestag und Bundesrat beschlossene Fassung (nach Vermittlungsverfahren)

	insgesamt	davon: priv. Haushalte	Mittelstand	Großunternehmen
in Mio. DM	-55.640	-29.509	-19.731	-6.400
in Mio. €	-28.448	-15.088	-10.088	-3.272

7. Welche sozioökonomische Aufteilung der finanziellen Auswirkungen durch das Steuersenkungsgesetz ergibt sich ohne Berücksichtigung der noch nicht angepassten branchenbezogenen Abschreibungstabellen?

Ohne Berücksichtigung der branchenbezogenen Abschreibungstabellen ergeben sich für das Steuersenkungsgesetz nach der sozioökonomischen Aufteilung folgende finanzielle Auswirkungen (für das Entstehungsjahr):

	insgesamt	davon: priv. Haushalte	Mittelstand	Großunternehmen
in Mio. DM	-59.090	-29.509	-20.594	-8.987
in Mio. €	-30.212	-15.088	-10.529	-4.595

B. Einkommensteuerbelastung in Abhängigkeit vom Einkommen, Alter und Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppen

8. Wie hat sich in den Jahren 1989, 1992, 1995, 1998 und unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Steuerschätzung von Mai und November 2001 – in den Jahren 2001, 2003 und 2005 die Anzahl, der Gesamtbetrag der Einkünfte, der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte, die Einkommensteuer/Jahreslohnsteuer und die durchschnittliche Steuerbelastung der Einkommensteuerpflichtigen mit Einkünften

von DM	bis unter DM
1	20 000
20 000	40 000
40 000	60 000
60 000	80 000
80 000	100 000
100 000	120 000
120 000	150 000
150 000	250 000
250 000	500 000
500 000	1 Mio.
1 Mio.	2 Mio.
2 Mio.	5 Mio.
5 Mio.	10 Mio.
10 Mio. und mehr	

entwickelt?

Die Angaben für die Jahre 1989, 1992 und 1995 sind in den nachfolgenden Tabellen wiedergegeben. Die Statistik für das Jahr 1998 liegt noch nicht vor. Die gewünschten Angaben für die Jahre 2001, 2002 und 2003 können der Steuerschätzung nicht entnommen werden. In der Steuerschätzung werden die kassenmäßigen Steuereinnahmen geschätzt. Die Kasseneinnahmen eines Jahres bei der veranlagten Einkommensteuer ergeben sich als Saldo aus Vorauszahlungen für den aktuellen Veranlagungszeitraum, Abschlusszahlungen für vergangene Veranlagungszeiträume, sowie aus Erstattungen und Zulagen, die aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlt werden. Geschätzt werden jeweils Gesamtvolumina, die keine Verteilungsanalysen ermöglichen.

Während die Zahl der Steuerpflichtigen von 1989 bis 1992 um 19,2 % und die Summe der Einkünfte um 36,3 % stiegen, ergab sich von 1992 bis 1995 nur noch eine minimale Veränderung von 0,5 % bei der Zahl der Steuerpflichtigen und 1,1 % bei den Einkünften, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989/1992/1995
1989

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ...DM	Gesamtbetrag der Einkünfte		Durch-schnittl. GdE	Festgesetzte Einkommensteuer		Durch-schnittl. Steuer-belastung
	Stpfl.	1.000 DM	DM	Stpfl.	1.000 DM	DM
	1	2	3	4	5	6
1 - 20.000	5.529.120	54.094.969	40.158	2.911.143	2.748.948	2.964
20.000 - 40.000	6.681.030	205.592.535	85.185	6.442.109	25.387.641	10.467
40.000 - 60.000	5.369.368	262.125.119	99.431	5.325.416	38.102.021	14.661
60.000 - 100.000	4.107.462	308.124.632	152.229	4.103.312	54.988.619	27.415
100.000 - 250.000	1.251.985	169.180.312	135.130	1.251.373	43.623.044	34.860
250.000 - 500.000	127.380	42.641.964	334.762	127.307	16.396.883	128.798
500.000 - 1 Mio.	36.065	24.267.717	672.888	36.043	10.735.202	297.844
1 Mio. - 2 Mio.	11.178	15.196.257	1.359.479	11.165	7.053.802	631.778
2 Mio. - 5 Mio.	4.869	14.497.506	2.977.512	4.867	6.774.515	1.391.928
5 Mio. . 10 Mio.	1.159	7.876.068	6.795.572	1.157	3.501.361	3.026.241
10 Mio. oder mehr	895	33.916.540	37.895.575	894	11.265.230	12.600.928
Insgesamt	**23.120.511**	**1.137.513.619**	**49.199**	**20.214.786**	**220.577.266**	**10.912**

1992

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ...DM	Gesamtbetrag der Einkünfte		Durch-schnittl. GdE	Festgesetzte Einkommensteuer		Durch-schnittl. Steuer-belastung
	Stpfl.	1.000 DM	DM	Stpfl.	1.000 DM	DM
	1	2	3	4	5	6
1 - 20.000	5.562.920	55.727.522	40.060	2.827.294	2.212.833	2.346
20.000 - 40.000	6.411.537	196.396.463	85.225	6.016.507	20.163.277	8.727
40.000 - 60.000	6.777.960	333.852.351	99.650	6.650.885	43.155.117	13.160
60.000 - 100.000	6.077.897	463.254.174	152.869	6.055.641	72.481.424	24.028
100.000 - 250.000	2.439.429	328.453.469	134.644	2.437.730	70.275.428	28.828
250.000 - 500.000	206.609	68.846.572	333.222	206.438	23.527.514	113.969
500.000 - 1 Mio.	54.677	36.686.928	670.976	54.612	15.032.907	275.267
1 Mio. - 2 Mio.	16.398	22.120.370	1.348.968	16.373	9.694.199	592.084
2 Mio. - 5 Mio.	6.592	19.511.453	2.959.868	6.586	8.762.231	1.330.433
5 Mio. . 10 Mio.	1.524	10.390.565	6.817.956	1.521	4.602.695	3.026.098
10 Mio. oder mehr	751	14.996.606	19.968.850	750	6.449.504	8.599.339
Insgesamt	**27.556.294**	**1.550.236.473**	**56.257**	**24.274.337**	**276.357.129**	**11.385**

1995

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ...DM	Gesamtbetrag der Einkünfte		Durch-schnittl. GdE	Festgesetzte Einkommensteuer		Durch-schnittl. Steuer-belastung
	Stpfl.	1.000 DM	DM	Stpfl.	1.000 DM	DM
	1	2	3	4	5	6
1 - 20.000	5.219.029	54.030.904	40.067	1.813.492	1.489.146	2.347
20.000 - 40.000	5.698.193	174.739.056	85.223	4.769.013	16.635.999	9.012
40.000 - 60.000	6.725.089	332.930.374	99.757	6.380.118	42.465.059	13.403
60.000 - 100.000	6.636.166	509.295.722	153.115	6.572.178	78.226.321	23.700
100.000 - 250.000	3.126.897	420.418.974	134.452	3.123.842	87.004.701	27.852
250.000 - 500.000	207.672	68.629.438	330.470	207.261	22.788.772	109.952
500.000 - 1 Mio.	49.031	32.752.279	667.991	48.890	12.924.270	264.354
1 Mio. - 2 Mio.	13.820	18.659.358	1.350.171	13.764	7.751.053	563.140
2 Mio. - 5 Mio.	5.249	15.461.399	2.945.589	5.229	6.489.852	1.241.127
5 Mio. . 10 Mio.	1.247	8.458.446	6.783.036	1.240	3.466.514	2.795.576
10 Mio. oder mehr	686	14.801.379	21.576.354	682	5.969.241	8.752.553
Insgesamt	**27.683.079**	**1.650.177.329**	**59.610**	**22.935.709**	**285.210.928**	**12.435**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Die Daten entsprechen dem jeweiligen Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland bis einschließlich 1995. Die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 werden im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2002 vorliegen.

Die Größenklassengliederung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik enthält bis einschließlich 1995 im Bereich 100 000 DM bis unter 250 000 DM keine tiefere Untergliederung.

9. Wie haben sich gemäß der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 und 1998 die Anzahl und die Einkommen der privaten Haushalte entsprechend der Gliederung der Einkommensgruppen in Frage 8 entwickelt?

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) werden andere Größenklassen (nur bis zu einem Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und reduzierte Größenklassen in der EVS 1998) verwendet als in der Schichtung zur Frage 8. Für die Jahre 1993 und 1998 können die Angaben der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993	
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ...DM	Anzahl der Haushalte	Haushaltsnetto-einkommen
	1.000	DM
unter 1.000	480	814
1.000 - 1.600	2.882	1.328
1.600 - 2.000	2.544	1.805
2.000 - 2.500	3.303	2.256
2.500 - 3.000	3.475	2.745
3.000 - 4.000	6.056	3.486
4.000 - 5.000	4.999	4.482
5.000 - 7.500	7.200	6.066
7.500 - 10.000	2.848	8.544
10.000 - 25.000	1.781	12.932
25.000 - 35.000	34	29.360
Haushalte insgesamt	35.601	4.532
	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998	
unter 1.800	3.454	1.384
1.800 - 2.500	4.323	2.162
2.500 - 3.000	3.223	2.745
3.000 - 4.000	5.876	3.483
4.000 - 5.000	4.986	4.481
5.000 - 7.000	7.000	5.916
7.000 - 10.000	4.994	8.241
10.000 - 35.000	2.924	13.609
Haushalte insgesamt	36.780	5.115

Quelle: Statistisches Bundesamt

10. Wie hat sich in den Jahren 1989, 1992, 1995, 1998 und – unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Steuerschätzung von Mai und November 2001 – in den Jahren 2001, 2003 und 2005
    - die Anzahl,
    - die Höhe der Einkünfte und
    - der Beitrag zum Steueraufkommen
    - der – gemessen an den Einkünften – oberen 1, 3, 5, 10 und 15 % der Einkommensteuerpflichtigen entwickelt?

Auswertungen der fortgeschriebenen Lohn- und Einkommensteuerstatistik (Echtdaten) sind erst ab 1995 möglich. Die Daten ergeben sich aus nachfolgender Übersicht:

Jahr	oberer Anteil der Steuerpflichtigen		Höhe der Einkünfte		kumulierter Anteil an der Einkommensteuer in v.H.*)
	in v.H.	in 1000	Durchschnittsbetrag in €	kum. Anteil in v.H.	
1995	1	298	564.106	10,3	20,7
	3	893	309.009	16,9	29,9
	5	1.488	243.727	22,2	36,3
	10	2.975	181.102	33,0	47,9
	15	4.463	152.787	41,8	56,5
1998	1	299	657.139	11,4	22,7
	3	898	350.050	18,3	32,4
	5	1.497	271.080	23,6	38,9
	10	2.995	196.758	34,2	50,7
	15	4.492	164.765	43,0	59,5
2001	1	301	705.182	11,3	23,8
	3	902	378.406	18,2	34,0
	5	1.504	293.750	23,5	40,7
	10	3.007	213.238	34,2	52,5
	15	4.511	178.495	42,9	61,2
2003	1	302	797.539	11,8	23,8
	3	907	421.300	18,7	34,1
	5	1.511	326.304	24,2	40,9
	10	3.023	233.790	34,7	52,5
	15	4.534	194.723	43,3	61,1
2005	1	304	890.481	12,2	23,1
	3	912	470.087	19,3	33,5
	5	1.520	361.439	24,8	40,3
	10	3.041	256.850	35,2	51,9
	15	4.561	213.085	43,8	60,5

*) Ohne Berücksichtigung des Kindergeldes.

11. Wie hoch waren in den Jahren 1989, 1992, 1995 und – soweit entsprechende Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 und der letzten Steuerschätzungen vorliegen – in den Jahren 1998 und 2001 die positiven und negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus

– selbständiger Arbeit,
– nichtselbständiger Arbeit,
– Gewerbebetrieb

und der Einkommensteuerpflichtigen insgesamt, und auf wie viele Steuerpflichtige entfielen die Einkünfte jeweils (Antwort bitte entsprechend der Gliederung der Einkommensgruppen in Frage 8)?

Die entsprechenden Daten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989/1992/1995

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
1989

Gesamtbetrag der Einkünfte von... bis unter... DM	von Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus... Gewerbebetrieb Stpfl.	Gewerbebetrieb 1.000 DM	selbständiger Arbeit Stpfl.	selbständiger Arbeit 1.000 DM	nichtselbständiger Arbeit Stpfl.	nichtselbständiger Arbeit 1.000 DM	insgesamt Stpfl.	insgesamt 1.000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Positive Einkünfte							
1 - 20.000	19.844	51.462	1.916	4.900	43.802	110.229	357.514	1.962.899
20.000 - 40.000	40.383	177.214	4.179	18.006	159.760	511.412	331.991	2.751.418
40.000 - 60.000	38.474	233.150	4.546	26.955	245.478	909.533	340.222	2.532.580
60 000 - 75 000	23.238	170.858	3.254	23.104	139.703	607.731	187.667	1.566.750
75 000 - 100 000	28.292	247.524	4.840	39.718	128.286	704.221	183.066	1.967.516
100 000 - 250 000	52.044	711.228	16.004	185.054	109.865	1.085.352	208.741	4.301.367
250 000 - 500 000	14.008	371.016	6.427	122.562	9.444	260.950	36.521	1.750.248
500 000 - 1 Mill.	6.223	269.950	1.887	57.116	1.841	90.813	12.397	956.838
1 Mill. - 2 Mill.	2.821	189.217	401	20.807	292	22.077	4.382	512.898
2 Mill. - 5 Mill.	1.589	145.262	83	9.560	47	3.482	2.070	349.805
5 Mill. - 10 Mill.	419	69.341	4	917	3	1.150	505	112.039
10 Mill. oder mehr	338	74.036		.			367	114.451
Insgesamt	227.673	2.710.258	43.541	508.699	838.521	4.306.950	1.665.443	18.878.809
	Negative Einkünfte							
1 - 20.000	16.354	135.312	2.476	34.578	71.697	781.733	134.267	1.084.599
20.000 - 40.000	36.121	387.066	7.283	150.278	314.949	3.061.299	369.549	3.676.971
40.000 - 60.000	33.817	400.788	8.783	196.664	389.227	3.657.997	437.421	4.311.429
60 000 - 75 000	21.158	271.230	7.023	167.500	229.983	2.322.240	260.766	2.795.754
75 000 - 100 000	26.410	371.755	11.621	298.503	228.283	2.654.045	269.266	3.373.069
100 000 - 250 000	51.935	1.055.120	46.840	1.528.195	223.620	3.771.220	327.727	6.491.495
250 000 - 500 000	14.627	497.343	21.557	965.357	18.617	619.365	56.936	2.186.444
500 000 - 1 Mill.	6.215	340.633	5.829	361.058	3.255	155.802	16.656	952.532
1 Mill. - 2 Mill.	2.863	215.083	893	91.943	473	36.588	4.834	398.890
2 Mill. - 5 Mill.	1.580	191.811	155	20.083	78	7.120	2.034	269.176
5 Mill. - 10 Mill.	417	61.937	10	3.571	10	2.096	475	78.591
10 Mill. oder mehr	350	127.453		.	-	-	372	134.842
Insgesamt	211.847	4.055.531	112.470	3.817.730	1.480.192	17.069.505	1.880.303	25.753.792

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989/1992/1995

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
1992

Gesamtbetrag der Einkünfte von... bis unter... DM	von Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus... Gewerbebetrieb		selbständiger Arbeit		nichtselbständiger Arbeit		insgesamt	
	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Positive Einkünfte							
1 - 20.000	14.204	37.227	1.768	4.587	40.248	94.258	350.555	1.894.274
20.000 - 40.000	32.446	147.296	3.563	15.950	142.757	473.848	336.963	2.975.043
40.000 - 60.000	32.862	204.194	4.288	26.288	238.161	889.706	342.227	2.794.973
60 000 - 75 000	21.781	162.500	3.272	22.768	162.789	746.793	216.762	1.903.257
75 000 - 100 000	28.901	254.117	5.092	42.873	188.515	1.025.110	252.346	2.583.473
100 000 - 250 000	63.925	865.272	19.611	219.420	205.702	1.900.489	336.484	6.349.351
250 000 - 500 000	18.596	484.551	9.569	175.436	17.438	465.551	55.847	2.617.907
500 000 - 1 Mill.	7.832	342.636	3.038	94.988	3.461	171.528	18.243	1.457.927
1 Mill. - 2 Mill.	3.473	237.195	698	36.679	590	48.512	6.243	801.038
2 Mill. - 5 Mill.	1.840	208.659	146	14.516	95	13.699	2.715	584.130
5 Mill. - 10 Mill.	513	76.387	15	1.745	14	4.827	667	193.428
10 Mill. oder mehr	259	96.399					301	120.728
Insgesamt	226.632	3.116.433	51.060	655.250	999.770	5.834.321	1.919.353	24.275.529
	Negative Einkünfte							
1 - 20.000	13.218	135.699	2.390	43.861	62.305	744.894	128.298	1.112.982
20.000 - 40.000	30.132	389.342	5.873	143.335	243.304	2.780.832	295.904	3.452.937
40.000 - 60.000	30.067	431.142	7.470	205.302	371.690	3.713.150	417.289	4.465.383
60 000 - 75 000	19.705	298.937	6.148	173.342	249.728	2.679.404	279.559	3.221.443
75 000 - 100 000	26.998	453.428	10.884	324.036	305.205	3.558.441	347.459	4.428.243
100 000 - 250 000	62.577	1.493.029	53.147	1.989.401	388.100	6.516.805	512.041	10.287.299
250 000 - 500 000	19.472	878.463	29.238	1.475.101	35.327	1.334.979	87.331	3.929.425
500 000 - 1 Mill.	7.898	570.229	8.534	640.817	6.363	413.094	24.959	1.858.832
1 Mill. - 2 Mill.	3.608	460.511	1.658	199.809	1.005	101.122	7.376	937.323
2 Mill. - 5 Mill.	1.889	363.611	330	58.442	196	49.856	2.910	616.417
5 Mill. - 10 Mill.	517	243.738	37	16.243	14	21.995	655	301.770
10 Mill. oder mehr	307	271.703					353	351.075
Insgesamt	216.388	5.989.832	125.709	5.269.689	1.663.237	21.914.572	2.104.134	34.963.129

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989/1992/1995

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
1995

Gesamtbetrag der Einkünfte von... bis unter... DM	von Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus...						insgesamt	
	Gewerbebetrieb		selbständiger Arbeit		nichtselbständiger Arbeit			
	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Positive Einkünfte							
1 - 20.000	12.722	35.621	2.199	5.918	38.872	98.593	383.077	2.195.097
20.000 - 40.000	32.725	160.746	4.659	21.951	143.332	530.885	358.025	3.637.880
40.000 - 60.000	32.425	217.685	5.191	33.273	230.316	963.950	338.627	3.279.670
60 000 - 75 000	20.960	169.336	3.832	29.685	171.273	866.967	226.964	2.270.947
75 000 - 100 000	27.773	265.264	5.789	51.938	211.110	1.261.582	276.302	3.149.850
100 000 - 250 000	59.615	894.853	22.941	277.089	262.041	2.612.752	395.307	8.009.481
250 000 - 500 000	14.769	444.176	9.734	197.586	19.915	611.071	54.917	3.110.904
500 000 - 1 Mill.	5.909	295.750	2.692	98.395	3.635	230.768	15.788	1.635.823
1 Mill. - 2 Mill.	2.614	213.499	550	35.636	581	63.892	5.039	924.006
2 Mill. - 5 Mill.	1.346	174.774	107	12.407	96	15.997	1.989	554.434
5 Mill. - 10 Mill.	371	73.508	12	1.526	8	1.243	471	173.977
10 Mill. oder mehr	230	104.372	-	-	3	1.676	256	202.431
Insgesamt	211.459	3.049.584	57.706	765.404	1.081.182	7.259.376	2.056.762	29.144.500
	Negative Einkünfte							
1 - 20.000	12.164	143.765	2.767	52.766	65.423	1.004.094	132.998	1.396.525
20.000 - 40.000	32.574	558.969	8.051	255.316	259.585	3.722.940	315.967	4.707.599
40.000 - 60.000	33.824	646.392	10.371	383.309	410.763	4.968.289	463.090	6.137.101
60 000 - 75 000	21.704	442.303	8.503	336.405	278.542	3.585.681	312.756	4.450.711
75 000 - 100 000	30.074	664.521	14.518	609.452	362.012	4.953.367	411.305	6.372.478
100 000 - 250 000	67.298	2.289.138	69.446	3.611.993	508.482	10.187.931	654.411	16.599.866
250 000 - 500 000	17.112	1.196.576	31.105	2.222.353	41.810	2.065.470	93.228	5.879.554
500 000 - 1 Mill.	7.036	821.206	7.850	863.453	7.022	626.388	23.779	2.652.064
1 Mill. - 2 Mill.	3.245	609.855	1.508	288.942	1.096	174.539	6.703	1.328.783
2 Mill. - 5 Mill.	1.747	548.252	244	107.551	177	52.350	2.535	871.065
5 Mill. - 10 Mill.	511	244.566	14	9.659	10	4.438	619	368.174
10 Mill. oder mehr	325	519.681	5	10.256	-	-	362	567.025
Insgesamt	227.614	8.685.224	154.382	8.751.455	1.934.922	31.345.487	2.417.753	51.330.945

Die Daten entsprechen dem jeweiligen Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland bis einschließlich 1995. Die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 werden im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2002 vorliegen. Der Vergleich der Ergebnisse von 1989, 1992 und 1995 ist durch die in den Jahren 1989 und 1992 noch gültige (bis Ende 1993 ausgelaufen) § 7b-Regelung stark eingeschränkt. (Die § 7b-Abschreibungen minderten 1989 und 1992 im Gegensatz zur Folgeregelung die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.)

12. Wie hoch waren in den Jahren 1989, 1992, 1995 und – soweit entsprechende Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 und der letzten Steuerschätzungen vorliegen – in den Jahren 1998 und 2001 die Einkünfte aus Kapitalvermögen von Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus

    – selbständiger Arbeit,
    – nichtselbständiger Arbeit,
    – Gewerbebetrieb

    und der Einkommensteuerpflichtigen insgesamt und auf wie viele Steuerpflichtige entfielen die Einkünfte jeweils (Antwort bitte entsprechend der Gliederung der Einkommensgruppen in Frage 8)?

Die entsprechenden Daten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989/1992/1995

Einkünfte aus Kapitalvermögen
1989

Gesamtbetrag der Einkünfte von... bis unter... DM	von Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus...						insgesamt	
	Gewerbebetrieb		selbständiger Arbeit		nichtselbständiger Arbeit			
	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Positive Einkünfte							
1 - 20.000	26.970	47.570	6.352	11.987	122.685	206.899	635.062	2.383.325
20.000 - 40.000	48.672	137.930	11.180	38.568	451.967	887.644	670.959	2.936.755
40.000 - 60.000	44.132	162.579	11.322	50.992	560.614	1.297.246	677.751	2.601.702
60 000 - 75 000	28.072	123.094	8.246	43.849	308.379	855.683	370.081	1.599.613
75 000 - 100 000	36.735	187.551	12.385	69.670	307.914	1.061.779	382.708	2.060.201
100 000 - 250 000	81.004	691.261	48.466	373.771	326.156	2.388.527	493.411	5.497.547
500 000 - 1 Mill.	12.312	539.604	7.679	214.481	5.545	500.742	29.790	2.897.451
1 Mill. - 2 Mill.	5.982	572.226	1.346	95.705	884	170.409	9.850	2.242.023
2 Mill. - 5 Mill.	3.403	695.681	236	45.770	141	55.105	4.426	2.050.565
5 Mill. - 10 Mill.	939	416.649	12	5.508	14	10.940	1.104	1.131.189
10 Mill. oder mehr	792	1.144.531	3	13.287			848	1.970.807
Insgesamt	315.273	5.244.226	132.332	1.297.536	2.113.740	8.502.471	3.366.369	30.864.697
	Negative Einkünfte							
1 - 20.000	291	690	89	255	1.237	3.855	1.984	5.725
20.000 - 40.000	857	2.257	293	801	6.186	13.194	7.584	12.276
40.000 - 60.000	1.056	2.517	491	1.471	11.119	21.697	12.817	26.479
60 000 - 75 000	886	2.121	432	1.018	8.506	18.019	9.923	21.811
75 000 - 100 000	1.518	3.683	851	2.412	11.403	27.947	13.899	35.295
100 000 - 250 000	4.081	17.663	4.098	17.583	16.282	65.403	24.748	102.818
250 000 - 500 000	1.167	10.223	1.842	15.634	1.355	14.462	4.419	41.048
500 000 - 1 Mill.	402	9.212	368	5.131	165	2.717	950	17.458
1 Mill. - 2 Mill.	137	4.884			21	1.314	204	7.735
2 Mill. - 5 Mill.	73	5.909	44	1.454	7	629	86	7.498
5 Mill. - 10 Mill.	32	12.740					12	904
10 Mill. oder mehr					-		22	11.842
Insgesamt	10.500	71.899	8.508	45.759	56.281	169.237	76.648	290.889

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989/1992/1995

Einkünfte aus Kapitalvermögen
1992

Gesamtbetrag der Einkünfte von... bis unter... DM	von Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus... Gewerbebetrieb Stpfl.	Gewerbebetrieb 1.000 DM	selbständiger Arbeit Stpfl.	selbständiger Arbeit 1.000 DM	nichtselbständiger Arbeit Stpfl.	nichtselbständiger Arbeit 1.000 DM	insgesamt Stpfl.	insgesamt 1.000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Positive Einkünfte							
1 - 20.000	27.571	56.416	8.598	17.065	173.574	262.398	776.871	3.197.090
20.000 - 40.000	54.886	186.105	13.294	49.870	527.987	1.185.550	850.963	4.755.603
40.000 - 60.000	52.700	234.849	14.218	70.341	864.029	2.109.095	1.026.724	4.431.754
60 000 - 75 000	35.152	181.187	10.432	59.127	539.014	1.646.396	624.702	2.974.743
75 000 - 100 000	48.622	300.007	16.898	109.326	615.350	2.243.000	721.540	4.033.355
100 000 - 250 000	121.486	1.208.137	73.981	653.241	764.660	5.064.827	1.023.531	10.693.062
250 000 - 500 000	39.464	893.461	40.698	652.267	59.863	2.049.294	155.305	6.222.093
500 000 - 1 Mill.	16.837	814.676	12.606	440.425	10.984	1.037.712	47.333	5.088.672
1 Mill. - 2 Mill.	7.646	797.156	2.510	194.374	1.829	380.954	14.934	3.987.957
2 Mill. - 5 Mill.	4.115	938.438	491	83.939	333	146.910	6.198	3.821.810
5 Mill. - 10 Mill.	1.111	602.499	46	19.565	27	22.975	1.433	1.959.102
10 Mill. oder mehr	635	985.126	7	7.563	3	8.851	733	2.514.256
Insgesamt	410.225	7.198.057	193.779	2.357.103	3.557.653	16.157.962	5.250.267	53.679.497
	Negative Einkünfte							
1 - 20.000	357	1.070	119	433	1.878	4.916	2.841	7.330
20.000 - 40.000	933	2.079	268	1.159	6.482	16.454	7.934	21.429
40.000 - 60.000	1.103	2.669	472	1.470	11.760	24.280	13.514	29.245
60 000 - 75 000	916	2.614	399	1.380	9.667	21.336	11.078	26.219
75 000 - 100 000	1.426	3.604	720	2.327	14.232	33.089	16.513	39.836
100 000 - 250 000	3.859	12.666	4.118	14.214	26.906	97.367	35.161	126.782
250 000 - 500 000	1.212	8.945	1.960	10.152	2.707	29.315	5.945	49.773
500 000 - 1 Mill.	446	5.421	387	4.545	325	8.190	1.178	18.669
1 Mill. - 2 Mill.	146	6.232	52	1.021	38	2.294	243	11.183
2 Mill. - 5 Mill.	66	3.735	9	3.871	10	797	84	10.298
5 Mill. - 10 Mill.	30	21.117					23	10.719
10 Mill. oder mehr			-	-			9	10.582
Insgesamt	10.494	70.152	8.504	40.572	74.005	238.038	94.523	362.065

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989/1992/1995

Einkünfte aus Kapitalvermögen
1995

Gesamtbetrag der Einkünfte von... bis unter... DM	von Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus...						insgesamt	
	Gewerbebetrieb		selbständiger Arbeit		nichtselbständiger Arbeit			
	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM	Stpfl.	1.000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Positive Einkünfte							
1 - 20.000	3.575	11.653	1.606	5.233	20.818	60.868	243.130	1.325.561
20.000 - 40.000	9.144	48.707	3.543	21.187	65.383	305.686	201.364	2.196.492
40.000 - 60.000	9.244	66.506	4.056	32.567	93.301	544.633	156.840	1.914.786
60 000 - 75 000	6.563	56.691	3.135	28.537	66.993	487.791	98.811	1.305.744
75 000 - 100 000	9.630	95.959	5.050	55.443	85.268	757.607	123.485	1.882.405
100 000 - 250 000	33.831	499.584	25.117	335.181	164.659	2.666.943	266.846	6.533.721
250 000 - 500 000	17.365	473.067	18.101	360.713	36.071	1.716.199	83.887	4.792.052
500 000 - 1 Mill.	9.687	515.559	7.293	256.670	8.774	959.643	31.288	4.040.127
1 Mill. - 2 Mill.	5.192	573.053	1.829	137.884	1.612	329.944	10.835	2.996.947
2 Mill. - 5 Mill.	2.997	686.686	356	65.769	278	110.805	4.485	2.627.430
5 Mill. - 10 Mill.	911	417.124	24	11.621	18	17.921	1.128	1.466.425
10 Mill. oder mehr	567	1.003.178	5	5.248	3	4.643	639	2.003.519
Insgesamt	108.706	4.447.767	70.115	1.316.053	543.178	7.962.683	1.222.738	33.085.209
	Negative Einkünfte							
1 - 20.000	253	837	80	220	1.181	4.528	2.116	6.571
20.000 - 40.000	767	1.793	279	1.201	4.629	14.568	6.056	18.884
40.000 - 60.000	836	1.930	469	1.871	8.091	21.480	9.641	26.986
60 000 - 75 000	681	1.353	342	1.108	6.523	19.054	7.654	22.552
75 000 - 100 000	1.078	2.493	611	2.540	9.848	31.417	11.682	37.639
100 000 - 250 000	2.931	11.098	3.530	13.294	22.147	111.121	28.947	139.090
250 000 - 500 000	875	6.059	1.693	8.160	2.558	31.879	5.225	47.488
500 000 - 1 Mill.	322	3.991	333	3.040	358	7.441	1.037	15.126
1 Mill. - 2 Mill.	151	6.754	46	3.987	58	2.769	267	14.833
2 Mill. - 5 Mill.	72	7.044	11	9.276	9	513	98	17.534
5 Mill. - 10 Mill.	16	1.195					18	1.212
10 Mill. oder mehr	13	2.455	-	-	-	-	13	2.455
Insgesamt	7.995	47.002	7.394	44.697	55.402	244.770	72.754	350.370

Die Daten entsprechen dem jeweiligen Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland bis einschließlich 1995. Die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 werden im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2002 vorliegen. Der Vergleich der Ergebnisse von 1989, 1992 und 1995 ist durch die Änderungen des Sparer-Freibetrags in § 20 Abs. 4 EStG (1989 und 1992: 600/1 200 DM, 1995: 6 000/12 000 DM) wesentlich eingeschränkt (da nur die **Einkünfte** – nicht die Einnahmen – aus Kapitalvermögen erfasst wurden, fehlen 1995 durch den verzehnfachten Sparer-Freibetrag, um den die Einnahmen gemindert sind, wesentlich mehr Steuerpflichtige).

13. Wie hoch war das im Rahmen der steuerlichen Förderung der neuen Bundesländer von 1991 bis 2001 jährlich in Anspruch genommene Volumen aus Sonderabschreibungen für Unternehmensinvestitionen und Investitionen des Wohnungsbaus und welche jährliche Steuerentlastung ergab sich daraus?

Die Steuermindereinnahmen im Rahmen der steuerlichen Förderung der neuen Bundesländer durch Sonderabschreibungen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Steuermindereinnahmen durch Sonderabschreibungen in den neuen Ländern für			
	Unternehmensinvestitionen[1]		Investitionen im Wohnungsbau[2]	
	Insgesamt	darunter Bund	Insgesamt	darunter Bund
	in Mio. DM			
1991	1.400	514	110	47
1992	1.500	549	305	130
1993	3.560	1.277	310	131
1994	4.360	1.587	380	289
1995	8.670	3.011	980	417
1996	9.030	3.138	1.225	520
1997	5.762	1.947	2.080	885
1998	5.631	1.922	1.705	724
1999	1.088	360	690	293
2000	556	184	525	224
2001	-	-	325	139

Quelle: 14. bis 18. Subventionsbericht der Bundesregierung, Anlage 2

[1] §§ 2 bis 4, 6 und 8 Abs. 1a FördG, § 7a FördG.
[2] §§ 8 Abs. 1 Satz 1 und Satz 6 u. Abs. 1a FördG, §§ 3 Satz 1 und Satz 2 Nr. 3 und § 8 Abs. 1 Satz 1 und 6 und Abs. 1a FördG3.

Im Rahmen des Subventionsberichtes der Bundesregierung wurden die Steuermindereinnahmen der Maßnahmen mittels differenzierter Schätzmodelle ermittelt und veröffentlicht. Direkte Rückschlüsse auf das Volumen sind nicht möglich.

14. Wie verteilt sich das im Rahmen der steuerlichen Förderung der neuen Bundesländer in Anspruch genommene Abschreibungsvolumen auf die in Frage 8 benannten Einkommensgruppen bzw. welche Verteilungsannahmen legt die Bundesregierung bei der Berechnung von finanziellen Auswirkungen der Förderung zugrunde?

Eine Aufteilung des im Rahmen der steuerlichen Förderung der neuen Bundesländer in Anspruch genommene Abschreibungsvolumens auf Einkommensgruppen ist nicht möglich, da keine diesbezüglichen statistischen Informationen vorliegen.

15. Wie verteilen sich
    - die Einnahmen gemäß Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 und 1998
    - die Summe der Einkünfte, das zu versteuernde Einkommen und die Einkommensteuerbelastung gemäß Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1992, 1995 und – soweit bereits Ergebnisse vorhanden sind – 1998

    in Abhängigkeit vom Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen bzw. der Steuerpflichtigen?

Die EVS des Statistischen Bundesamtes liefert unter dem Begriff Bruttoeinkommen in den Erhebungen 1993 und 1998 für verschiedene Altersgruppen der Bezugspersonen bzw. des Haupteinkommensbeziehers die folgenden Daten:

EVS 1993	Haushalte insgesamt	Alter der Bezugspersonen von .... bis unter .... Jahren					
		unter 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 - 70	70 und mehr
Bruttoeinkommen in DM je Haushalt und Monat	5.650	4.889	6.987	7.822	5.821	4.408	3.223

EVS 1998	Haushalte insgesamt	Alter der/des Haupteinkommensbeziehers(in) von .... bis unter .... Jahren						
		unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 - 70	70 und mehr
Bruttoeinkommen in DM je Haushalt und Monat	6.451	3.722	6.276	7.609	8.659	6.803	4.723	3.883

Im Übrigen liefert weder die EVS 1993 noch die EVS 1998 die in Frage 15 erbetenen Informationen zu den genannten Begriffen Summe der Einkünfte bzw. zu versteuerndes Einkommen. Darüber hinaus wird auch nicht die Einkommensteuerbelastung als prozentuale Belastungsquote explizit ausgewiesen. Die Belastungsangaben erfolgen als absolute Beträge und zwar „Steuern auf Einkommen und Vermögen“ (EVS 1993) bzw. „abgeführte Einkommensteuern und Solidaritätszuschläge“ (EVS 1998). Diese Positionen stellen sich für die EVS 1993 und für die EVS 1998 jeweils pro Haushalt und Monat in DM wie folgt dar:

EVS 1993	Haushalte insgesamt	Alter der Bezugspersonen von .... bis unter .... Jahren					
		unter 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 - 70	70 und mehr
Steuern auf Einkommen und Vermögen in DM je Haushalt und Monat	616	581	840	1.097	617	210	91

EVS 1998	Haushalte insgesamt	Alter der/des Haupteinkommensbeziehers(in) von .... bis unter .... Jahren						
		unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 – 65	65 - 70	70 und mehr
Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag je Haushalt und Monat in DM	694	338	819	955	1.181	694	126	82

16. Wie verteilt sich die Entlastung infolge der in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2003 und 2005 wirksamen Tarifänderungen (jeweils für Eingangs- und Spitzensteuersatz, Grundfreibetrag, Absenkung der Progressionszone und insgesamt) auf Einkommensteuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte

von Euro	bis unter Euro (ledig/verheiratet)	
1	17 500/30 000	(100 %)
17 500/30 000	25 000/40 000	(150 %)
25 000/40 000	35 000/60 000	(200 %)
35 000/60 000	50 000/85 000	(300 %)
50 000/85 000	70 000/120 000	(400 %)
70 000/120 000	90 000/150 000	(500 %)
90 000/150 000 und mehr		

(Angaben bitte absolut und im Verhältnis zur Gesamtentlastung)?

Bei einer Analyse der steuerlichen Entlastungswirkungen auf Einkommensteuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte wie oben angegeben, ist zu berücksichtigen, dass die wiederholte Anhebung des Grundfreibetrags allen Steuerpflichtigen zugute kommt. Das Gleiche gilt für die Absenkung des Eingangssteuersatzes. Einkommensteuerpflichtige, deren zu versteuerndes Einkommen in der Progressionszone liegt, werden von einer abgesenkten Progression ebenso entlastet, wie Einkommensteuerpflichtige, deren zu versteuerndes Einkommen in der oberen Proportionalzone liegt. Steuerpflichtige, deren zu versteuerndes Einkommen in der oberen Proportionalzone liegt, werden durch alle den Tarif senkende Maßnahmen steuerlich entlastet.

Nach der fortgeschriebenen Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 (Echtdaten) ergeben sich die nachfolgenden Aufteilungen:

Tarif-änd.	Gesamtbetrag der Einkünfte von ... € (ledig/verheiratet)	bis unter ... € (ledig/verheiratet)	Grundfreibetrag abso-lut in Mio. €	in v.H. zur Ges.-entlast.	Eingangsteuers.z abso-lut in Mio. €	in v.H. zur Ges.-entlast.	Progressionszone abso-lut in Mio. €	in v.H. zur Ges.-entlast.	Spitzensteuersatz abso-lut in Mio. €	in v.H. zur Ges.-entlast.	insgesamt abso-lut in Mio. €	in v.H. zur Ges.-entlast.
1999	1	17.500 / 30.000	840	28,6	160	5,4	-20	-0,7	0	0,0	980	33,3
	17.500 / 30.000	25.000 / 40.000	810	27,6	220	7,5	-100	-3,4	0	0,0	930	31,6
	25.000 / 40.000	35.000 / 60.000	950	32,3	260	8,8	-360	-12,2	0	0,0	850	28,9
	35.000 / 60.000	50.000 / 85.000	380	12,9	120	4,1	-360	-12,2	0	0,0	140	4,8
	50.000 / 85.000	70.000 / 120.000	130	4,4	30	1,0	-140	-4,8	0	0,0	20	0,7
	70.000 / 120.000	90.000 / 150.000	40	1,4	10	0,3	-40	-1,4	0	0,0	10	0,3
	90.000/150.000 u.m.		60	2,0	20	0,7	-70	-2,4	0	0,0	10	0,3
	insgesamt		**3210**	**109,2**	**820**	**27,9**	**-1090**	**-37,1**	**0**	**0,0**	**2940**	**100,0**
2000	1	17.500 / 30.000	450	7,2	70	1,1	360	5,7	0	0,0	880	14,0
	17.500 / 30.000	25.000 / 40.000	480	7,6	80	1,3	930	14,8	0	0,0	1490	23,7
	25.000 / 40.000	35.000 / 60.000	590	9,4	100	1,6	1300	20,7	0	0,0	1990	31,7
	35.000 / 60.000	50.000 / 85.000	260	4,1	30	0,5	440	7,0	0	0,0	730	11,6
	50.000 / 85.000	70.000 / 120.000	80	1,3	10	0,2	90	1,4	0	0,0	180	2,9
	70.000 / 120.000	90.000 / 150.000	30	0,5	10	0,2	50	0,8	0	0,0	90	1,4
	90.000/150.000 u.m.		50	0,8	10	0,2	0	0,0	860	13,7	920	14,6
	insgesamt		**1940**	**30,9**	**310**	**4,9**	**3170**	**50,5**	**860**	**13,7**	**6280**	**100,0**
2001	1	17.500 / 30.000	520	3,8	200	1,4	420	3,0	0	0,0	1140	8,2
	17.500 / 30.000	25.000 / 40.000	590	4,3	240	1,7	1400	10,1	0	0,0	2230	16,1
	25.000 / 40.000	35.000 / 60.000	760	5,5	320	2,3	3100	22,4	0	0,0	4180	30,2
	35.000 / 60.000	50.000 / 85.000	350	2,5	140	1,0	2060	14,9	0	0,0	2550	18,4
	50.000 / 85.000	70.000 / 120.000	120	0,9	50	0,4	940	6,8	0	0,0	1110	8,0
	70.000 / 120.000	90.000 / 150.000	30	0,2	10	0,1	300	2,2	60	0,4	400	2,9
	90.000/150.000 u.m.		50	0,4	20	0,1	460	3,3	1710	12,3	2240	16,2
	insgesamt		**2420**	**17,5**	**980**	**7,1**	**8680**	**62,7**	**1770**	**12,8**	**13850**	**100,0**
2003	1	17.500 / 30.000	260	3,8	190	2,8	340	5,0	0	0,0	790	11,6
	17.500 / 30.000	25.000 / 40.000	320	4,7	250	3,7	660	9,7	0	0,0	1230	18,0
	25.000 / 40.000	35.000 / 60.000	480	7,0	360	5,3	980	14,4	0	0,0	1820	26,7
	35.000 / 60.000	50.000 / 85.000	250	3,7	200	2,9	510	7,5	0	0,0	960	14,1
	50.000 / 85.000	70.000 / 120.000	110	1,6	70	1,0	180	2,6	0	0,0	360	5,3
	70.000 / 120.000	90.000 / 150.000	30	0,4	30	0,4	50	0,7	60	0,9	170	2,5
	90.000/150.000 u.m.		40	0,6	20	0,3	70	1,0	1360	19,9	1490	21,8
	insgesamt		**1490**	**21,8**	**1120**	**16,4**	**2790**	**40,9**	**1420**	**20,8**	**6820**	**100,0**
2005	1	17.500 / 30.000	210	1,1	230	1,2	90	0,5	0	0,0	530	2,7
	17.500 / 30.000	25.000 / 40.000	280	1,4	430	2,2	550	2,8	0	0,0	1260	6,4
	25.000 / 40.000	35.000 / 60.000	450	2,3	700	3,5	2300	11,6	0	0,0	3450	17,4
	35.000 / 60.000	50.000 / 85.000	270	1,4	420	2,1	2980	15,1	0	0,0	3670	18,5
	50.000 / 85.000	70.000 / 120.000	100	0,5	160	0,8	2380	12,0	40	0,2	2680	13,5
	70.000 / 120.000	90.000 / 150.000	30	0,2	40	0,2	950	4,8	210	1,1	1230	6,2
	90.000/150.000 u.m.		40	0,2	60	0,3	1480	7,5	5400	27,3	6980	35,3
	insgesamt		**1380**	**7,0**	**2040**	**10,3**	**10730**	**54,2**	**5650**	**28,5**	**19800**	**100,0**

Die angegebenen Entlastungsanteile sind im Verhältnis zur Steuerlastverteilung der betrachteten Einkommensgruppen zu sehen. Nach der fortgeschriebenen Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 ergibt sich im Jahr 2005 nach Wirksamwerden aller tariflichen Entlastungssteuermaßnahmen folgende Verteilung des Lohn- und Einkommensteueraufkommens:

Gesamtbetrag der Einkünfte		Anteile in v.H.		
von ... € (ledig/verheiratet)	bis unter ... € (ledig/verheiratet)	Einkommen-steuer-aufkommen	Gesamtbetrag der Einkünfte	Steuer-zahler
1	17.500 / 30.000	1,6	6,7	18,3
17.500 / 30.000	25.000 / 40.000	6,3	12,0	20,5
25.000 / 40.000	35.000 / 60.000	20,4	26,6	31,1
35.000 / 60.000	50.000 / 85.000	22,4	22,5	18,8
50.000 / 85.000	70.000 / 120.000	14,7	12,0	7,0
70.000 / 120.000	90.000 / 150.000	6,0	4,2	1,8
90.000/150.000 u.m.		28,6	16,0	2,5
insgesamt		**100,0**	**100,0**	**100,0**

C. Entwicklung von direkten und indirekten Steuern

17. Wie haben/werden sich in den einzelnen Jahren von 1990 bis 2001 und – nach den Steuerschätzungen von Mai und November 2001 – in den einzelnen Jahren von 2002 bis 2005 die Einnahmen aus indirekten und direkten Steuern entwickelt/entwickeln (Angaben bitte absolut und als Anteil am gesamten Steueraufkommen)?

Die gewünschten Angaben sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon „Direkte Steuern“	davon „Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
	- Mrd. € -			- v.H. -	
1990[1)]	281,5	160,6	120,9	57,1	42,9
1991	338,4	189,3	149,1	55,9	44,1
1992	374,1	209,7	164,4	56,1	43,9
1993	383,0	207,7	175,3	54,2	45,8
1994	402,0	210,7	191,3	52,4	47,6
1995	416,3	224,4	191,9	53,9	46,1
1996	409,0	213,9	195,2	52,3	47,7
1997	407,6	209,8	197,8	51,5	48,5
1998	425,9	221,9	204,0	52,1	47,9
1999	453,1	235,3	217,8	51,9	48,1
2000	467,3	243,8	223,5	52,2	47,8
2001[2)]	446,1	219,0	227,1	49,1	50,9
2002[3)]	462,5	228,0	234,5	49,3	50,7
2003[4)]	492,0	244,4	247,6	49,7	50,3
2004[4)]	516,3	262,2	254,1	50,8	49,2
2005[4)]	527,1	266,9	260,2	50,6	49,4

1) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990.
2) Die darin enthaltenen reinen Gemeindesteuern sind geschätzt (Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001).
3) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001.
4) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Mai 2001.

18. Wie haben/werden sich in den einzelnen Jahren von 1990 bis 2001 und – nach den Steuerschätzungen von Mai und November 2001 – in den einzelnen Jahren von 2002 bis 2005 bei den zehn größten Steuern jeweils
    - das Aufkommen,
    - die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr,
    - der Anteil am Gesamtsteueraufkommen und
    - das Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

    entwickelt/entwickeln?

Die gewünschten Angaben sind den nachstehenden Tabellen zu entnehmen.

Kassenmäßiges Aufkommen der 10 größten Steuerarten[1] 1990 bis 2005

– in Mio. € –

	Steuern vom Umsatz	Lohn-steuer	Mineralöl-steuer	Gewerbe-steuer	Tabak-steuer	Solidaritäts-zuschlag	Körper-schaft-steuer	nicht veranl. St. v. Ertrag	veranlagte ESt	Grund-steuer	Sonstige-Steuern	Steuerein-nahmen insgesamt
1990	79.039,6	92.581,1	18.732,7	19.835,9	9.350,1	-	15.384,9	5.541,7	18.672,1	4.460,3	26.322,3	289.920,6
1991	91.864,7	109.505,7	24.166,9	21.115,0	10.016,9	5.362,1	16.216,0	5.818,9	21.235,2	5.072,5	28.059,8	338.433,8
1992	101.088,3	126.453,5	28.205,9	22.930,3	9.843,6	6.660,8	15.944,0	5.764,0	21.234,5	5.513,0	30.489,8	374.127,7
1993	110.595,1	131.906,8	28.785,7	21.610,2	9.949,2	68,9	14.229,5	6.127,4	16.992,1	5.963,2	36.790,2	383.018,3
1994	120.510,7	136.270,6	32.644,2	22.540,9	10.360,8	808,0	10.005,4	9.073,6	13.043,0	6.475,0	40.224,6	401.956,6
1995	119.960,5	144.542,5	33.176,6	21.551,9	10.529,9	13.430,4	9.272,7	8.648,2	7.156,7	7.027,2	41.040,4	416.336,9
1996	121.282,6	128.476,2	34.896,4	23.447,2	10.582,7	13.339,9	15.061,6	6.823,3	5.939,1	7.514,2	41.683,8	409.047,1
1997	123.170,5	127.143,8	33.749,5	24.849,5	10.816,3	13.237,9	17.009,3	7.513,0	2.946,8	7.926,5	39.214,9	407.577,9
1998	127.932,2	132.054,3	34.091,4	25.824,6	11.070,6	10.511,2	18.508,6	11.631,1	5.683,7	8.297,2	40.307,9	425.912,8
1999	137.155,6	133.809,1	36.443,6	27.059,8	11.654,6	11.271,4	22.359,2	11.308,2	10.887,0	8.635,8	42.484,1	453.068,3
2000	140.871,3	135.733,1	37.826,3	27.025,5	11.442,9	11.841,2	23.574,8	13.514,9	12.224,7	8.848,9	44.348,9	467.252,5
2001[2]	138.935,1	132.625,9	40.690,0	24.360,0	12.071,9	11.068,6	-425,6	20.884,6	8.771,4	9.103,0	48.021,4	446.106,3
2002[3]	143.300,0	137.000,0	42.500,0	25.400,0	12.400,0	11.550,0	11.500,0	11.000,0	9.600,0	9.269,0	48.942,0	462.461,0
2003[4]	153.183,0	147.865,6	45.300,5	31.597,8	12.066,5	11.785,3	13.037,9	10.972,3	6.979,1	9.626,6	49.605,5	492.020,3
2004[4]	158.040,3	157.068,9	45.760,6	33.182,8	12.168,7	12.603,3	15.185,4	11.514,3	9.995,8	9.882,2	50.899,1	516.301,5
2005[4]	162.999,9	159.523,1	46.220,8	35.279,1	12.271,0	12.731,2	17.818,5	12.107,4	6.288,9	10.137,9	51.674,2	527.051,9

1) Stand Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ vom Nov. 2001 für 2002.
2) Reine Gemeindesteuern geschätzt (Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001).
3) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001.
4) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Mai 2001.

Kassenmäßiges Aufkommen der 10 größten Steuerarten[1] 1990 bis 2005

– Veränderung gegenüber Vj. in v. H.–

	Steuern vom Umsatz	Lohnsteuer	Mineralölsteuer	Gewerbesteuer	Tabaksteuer	Solidaritätszuschlag	Körperschaftsteuer	nicht veranl. St. v. Ertrag	veranlagte ESt	Grundsteuer	Sonstige Steuern	Steuereinnahmen insgesamt
1990	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1991	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1992	10,0	15,5	16,7	8,6	-1,7	24,2	-1,7	-0,9	0,0	8,7	8,7	10,5
1993	9,4	4,3	2,1	-5,8	1,1	-99,0	-10,8	6,3	-20,0	8,2	20,7	2,4
1994	9,0	3,3	13,4	4,3	4,1	*.*	-29,7	48,1	-23,2	8,6	9,3	4,9
1995	-0,5	6,1	1,6	-4,4	1,6	*.*	-7,3	-4,7	-45,1	8,5	2,0	3,6
1996	1,1	-11,1	5,2	8,8	0,5	-0,7	62,4	-21,1	-17,0	6,9	1,6	-1,8
1997	1,6	-1,0	-3,3	6,0	2,2	-0,8	12,9	10,1	-50,4	5,5	-5,9	-0,4
1998	3,9	3,9	1,0	3,9	2,4	-20,6	8,8	54,8	92,9	4,7	2,8	4,5
1999	7,2	1,3	6,9	4,8	5,3	7,2	20,8	-2,8	91,5	4,1	5,4	6,4
2000	2,7	1,4	3,8	-0,1	-1,8	5,1	5,4	19,5	12,3	2,5	4,4	3,1
2001[2]	-1,4	-2,3	7,6	-9,9	5,5	-6,5	-*.*	54,5	-28,2	2,9	8,3	-4,5
2002[3]	3,1	3,3	4,4	4,3	2,7	4,3	*.*	-47,3	9,4	1,8	1,9	3,7
2003[4]	6,9	7,9	6,6	24,4	-2,7	2,0	13,4	-0,3	-27,3	3,9	1,4	6,4
2004[4]	3,2	6,2	1,0	5,0	0,8	6,9	16,5	4,9	43,2	2,7	2,6	4,9
2005[4]	3,1	1,6	1,0	6,3	0,8	1,0	17,3	5,2	-37,1	2,6	1,5	2,1

1) Stand Arbeitskreis „Steuerschätzungen" vom Nov. 2001 für 2002.
2) Reine Gemeindesteuern geschätzt (Arbeitskreis „Steuerschätzungen" Nov. 2001).
3) Arbeitskreis „Steuerschätzungen" Nov. 2001.
4) Arbeitskreis „Steuerschätzungen" Mai 2001.

Kassenmäßiges Aufkommen der 10 größten Steuerarten[1]) 1990 bis 2005

– Anteil an den Steuereinnahmen insgesamt in v. H.–

	Steuern vom Umsatz	Lohn-steuer	Mineralöl-steuer	Gewerbe-steuer	Tabak-steuer	Solidaritäts-zuschlag	Körper-schaft-steuer	nicht veranl. St. v. Ertrag	veranlagte ESt	Grund-steuer	Sonstige-Steuern	Steuerein-nahmen insgesamt
1990	27,26	31,93	6,46	6,84	3,23	0,00	5,31	1,91	6,44	1,54	9,08	100,00
1991	27,14	32,36	7,14	6,24	2,96	1,58	4,79	1,72	6,27	1,50	8,29	100,00
1992	27,02	33,80	7,54	6,13	2,63	1,78	4,26	1,54	5,68	1,47	8,15	100,00
1993	28,87	34,44	7,52	5,64	2,60	0,02	3,72	1,60	4,44	1,56	9,61	100,00
1994	29,98	33,90	8,12	5,61	2,58	0,20	2,49	2,26	3,24	1,61	10,01	100,00
1995	28,81	34,72	7,97	5,18	2,53	3,23	2,23	2,08	1,72	1,69	9,86	100,00
1996	29,65	31,41	8,53	5,73	2,59	3,26	3,68	1,67	1,45	1,84	10,19	100,00
1997	30,22	31,19	8,28	6,10	2,65	3,25	4,17	1,84	0,72	1,94	9,62	100,00
1998	30,04	31,01	8,00	6,06	2,60	2,47	4,35	2,73	1,33	1,95	9,46	100,00
1999	30,27	29,53	8,04	5,97	2,57	2,49	4,94	2,50	2,40	1,91	9,38	100,00
2000	30,15	29,05	8,10	5,78	2,45	2,53	5,05	2,89	2,62	1,89	9,49	100,00
2001[2])	31,14	29,73	9,12	5,46	2,71	2,48	-	4,68	1,97	2,04	10,76	100,00
2002[3])	30,99	29,62	9,19	5,49	2,68	2,50	2,49	2,38	2,08	2,00	10,58	100,00
2003[4])	31,13	30,05	9,21	6,42	2,45	2,40	2,65	2,23	1,42	1,96	10,08	100,00
2004[4])	30,61	30,42	8,86	6,43	2,36	2,44	2,94	2,23	1,94	1,91	9,86	100,00
2005[4])	30,93	30,27	8,77	6,69	2,33	2,42	3,38	2,30	1,19	1,92	9,80	100,00

1) Stand Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ vom Nov. 2001 für 2002.
2) Reine Gemeindesteuern geschätzt (Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001).
3) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001.
4) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Mai 2001.

Kassenmäßiges Aufkommen der 10 größten Steuerarten[1] 1990 bis 2005

– Anteil am BIP in v. H.–

	BIP in Mrd. €	Steuern vom Umsatz	Lohn-steuer	Mineralöl-steuer	Gewerbe-steuer	Tabak-steuer	Solidaritäts-zuschlag	Körper-schaft-steuer	nicht veranl. St. v. Ertrag	veranlagte ESt	Grund-steuer	Sonstige-Steuern	Steuerein-nahmen insgesamt
1990	1.240,4[2]	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1991	1.502,2	6,12	7,29	1,61	1,41	0,67	0,36	1,08	0,39	1,41	0,34	1,87	22,53
1992	1.613,2	6,27	7,84	1,75	1,42	0,61	0,41	0,99	0,36	1,32	0,34	1,89	23,19
1993	1.654,2	6,69	7,97	1,74	1,31	0,60	0,00	0,86	0,37	1,03	0,36	2,22	23,15
1994	1.735,5	6,94	7,85	1,88	1,30	0,60	0,05	0,58	0,52	0,75	0,37	2,32	23,16
1995	1.801,3	6,66	8,02	1,84	1,20	0,58	0,75	0,51	0,48	0,40	0,39	2,28	23,11
1996	1.833,7	6,61	7,01	1,90	1,28	0,58	0,73	0,82	0,37	0,32	0,41	2,27	22,31
1997	1.871,6	6,58	6,79	1,80	1,33	0,58	0,71	0,91	0,40	0,16	0,42	2,10	21,78
1998	1.929,4	6,63	6,84	1,77	1,34	0,57	0,54	0,96	0,60	0,29	0,43	2,09	22,07
1999	1.974,3	6,95	6,78	1,85	1,37	0,59	0,57	1,13	0,57	0,55	0,44	2,15	22,95
2000	2.025,5	6,95	6,70	1,87	1,33	0,56	0,58	1,16	0,67	0,60	0,44	2,19	23,07
2001[3]	2.063,7	6,73	6,43	1,97	1,18	0,58	0,54	-	1,01	0,43	0,44	2,33	21,62
2002[4]	2.128,3	6,73	6,44	2,00	1,19	0,58	0,54	0,54	0,52	0,45	0,44	2,30	21,73
2003[5]	2.270,5	6,75	6,51	2,00	1,39	0,53	0,52	0,57	0,48	0,31	0,42	2,18	21,67
2004[5]	2.363,0	6,69	6,65	1,94	1,40	0,51	0,53	0,64	0,49	0,42	0,42	2,15	21,85
2005[5]	2.459,3	6,63	6,49	1,88	1,43	0,50	0,52	0,72	0,49	0,26	0,41	2,10	21,43

1) Stand Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ vom Nov. 2001 für 2002.
2) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990.
3) Reine Gemeindesteuern geschätzt (Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001).
4) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001.
5) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Mai 2001.

D. Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden

19. Wie haben/werden sich in den einzelnen Jahren von 1990 bis 2001 und – nach den Steuerschätzungen von Mai und November 2001 – in den einzelnen Jahren von 2002 bis 2005 die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden entwickelt/entwickeln (Angaben bitte absolut und als Anteil am gesamten Steueraufkommen)?

Die gewünschten Angaben sind den nachstehenden Tabellen zu entnehmen.

Aufteilung der Steuereinnahmen auf Gebietskörperschaften 1990 bis 2005 in Mrd. Euro

	1990[1)]	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bund	132,3	162,5	180,4	182,0	193,7	187,2	173,0	169,2
Länder	99,3	116,5	128,5	133,1	137,6	160,2	167,8	167,7
Gemeinden	38,5	43,4	47,7	49,1	49,8	48,6	48,1	49,3
EU	11,0	16,1	17,5	18,7	20,8	20,4	20,1	21,4
Gesamt	281,1	338,4	374,1	383,0	402,0	416,3	409,0	407,6

	1998	1999	2000	2001[2)]	2002[2)]	2003 [4)]	2004 [4)]	2005 [4)]
Bund	174,6	192,5	198,8	194,3	196,9	212,1	222,9	227,5
Länder	175,9	184,0	189,5	178,7	188,9	195,0	204,8	208,8
Gemeinden	53,7	56,3	57,1	54,0	54,8	60,7	63,8	65,5
EU	21,6	20,3	21,9	19,1	21,9	24,2	24,8	25,2
Gesamt	425,9	453,1	467,3	446,1	462,5	492,0	516,3	527,0

1) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990.
2) Reine Gemeindesteuern geschätzt (Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001).
3) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001.
4) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Mai 2001.

Aufteilung der Steuereinnahmen auf Gebietskörperschaften 1990 bis 2005 in v. H.

	1990[1)]	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bund	47,1	48,0	48,2	47,5	48,2	45,0	42,3	41,5
Länder	35,3	34,4	34,3	34,8	34,2	38,5	41,0	41,1
Gemeinden	13,7	12,8	12,8	12,8	12,4	11,7	11,7	12,1
EU	3,9	4,7	4,7	4,9	5,2	4,9	4,9	5,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

	1998	1999	2000	2001 [2]	2002 [2]	2003 [4]	2004 [4]	2005[4]
Bund	41,0	42,5	42,5	43,5	42,6	43,1	43,2	43,2
Länder	41,3	40,6	40,6	40,1	40,8	39,6	39,7	39,6
Gemeinden	12,6	12,4	12,2	12,1	11,8	12,3	12,4	12,4
EU	5,1	4,5	4,7	4,3	4,7	4,9	4,8	4,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990.
2) Reine Gemeindesteuern geschätzt (Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001).
3) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Nov. 2001.
4) Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Mai 2001.

20. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Anteils der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes seit 1998?

	Einheit	Jahr 1998 Ist	Jahr 1999 Ist	Jahr 2000 Ist	Jahr 2001 Ist	Jahr 2002 Soll
Sachinvestitionen	T €	6.925,1	7.109,8	6.731,9	6.905,1	6.803,0
Baumaßnahmen	T €	5.737,2	5.976,5	5.579,7	5.550,6	5.586,3
Erwerb von beweglichen Sachen	T €	793,7	819,0	779,4	881,6	787,2
Erwerb von unbeweglichen Sachen	T €	394,2	314,3	372,8	473,0	429,6
Finanzierungshilfen	T €	22.281,3	21.515,1	21.413,7	20.368,0	18.238,3
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	T €	17.636,3	17.225,0	16.579,1	16.508,8	13.904,5

	Einheit	Jahr 1998 Ist	Jahr 1999 Ist	Jahr 2000 Ist	Jahr 2001 Ist	Jahr 2002 Soll
Darlehensgewährungen	T €	3.963,6	3.661,0	4.205,0	3.185,0	3.699,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	T €	681,4	629,1	629,6	674,2	634,5
Investive Ausgaben insgesamt	T €	29.206,4	28.624,9	28.145,6	27.273,1	25.041,4
Ausgaben zusammen	T €	233.619,2	246.869,3	244.404,8	243.445,2	247.500,0
Investitionen in v.H. der Ausgaben		12,50 %	11,60 %	11,52 %	11,20 %	10,12 %

Die Sachinvestitionen konnten trotz der gewaltigen Sparanstrengungen im Rahmen des Zukunftsprogramms 2000 (Einsparvolumen 2000 bis 2003 rd. 82 Mrd. Euro) auf hohem Niveau gehalten werden. So wurden insbesondere die Ausgaben für Baumaßnahmen in 2002 gegenüber dem Vorjahr trotz des erheblich zurückgegangenen Bedarfs für Hochbaumaßnahmen in Berlin und Bonn wieder erhöht. Dies macht deutlich, dass trotz der nachhaltigen Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit durch Konsolidierung die Sachinvestitionen eine hohe Priorität genießen.

Der im Jahre 2002 gegenüber dem Vorjahr erkennbare hohe Rückgang der Finanzierungshilfen beruht im Wesentlichen auf Strukturveränderungen im Bundeshaushalt. So sind Investitionszuweisungen an die Länder nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost in Höhe von 3,4 Mrd. Euro in Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen umgewandelt worden. Damit sind bisherige Investitionsausgaben des Bundes den Ländern nunmehr über die Steuerseite zur Verfügung gestellt worden. Eine qualitative Verschlechterung der Staatsausgaben ist damit nicht verbunden.

Bei der politischen Bewertung des Investitionsbegriffs ist es notwendig, sich vom haushaltsrechtlichen Begriff der Investitionen nach § 10 Abs. 3 Nr. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz zu lösen. Denn diese formale Betrachtungsweise lässt unberücksichtigt, dass der Bund in erheblichem Umfang Investitionsförderung über die Einnahmeseite, etwa durch Steuervergünstigungen oder z. B. Kreditgarantien betreibt.

Auch bleiben Strukturverbesserungen im Bereich der nicht investiven Ausgaben unberücksichtigt. So ist die Verstärkung bei den Forschungs- und Bildungsausgaben im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms (rd. 790 Mio. Euro in den Jahren 2001 bis 2003) nicht investiv im Sinne der ökonomischen Abgrenzung. Gleiches gilt für die Förderung der Ausbildung durch die BAföG-Novelle. Hier ergibt sich gegenüber dem Ist 2000 von 538 Mio. Euro in den Jahren 2001 bis 2005 ein Aufwuchs von insgesamt rd. 1,3 Mrd. Euro. Gerade diese gewichtigen Aspekte von Investitionen in Humankapital zeigen die Orientierung der Bundesregierung auf zukunftsrelevante Politikfelder.

21. Wie haben sich seit 1990 bis einschließlich 2001 die Ausgaben der Kommunen für Sozialhilfe entwickelt?

Die Entwicklung der Ausgaben der Kommunen für Sozialhilfe in den Jahren 1990 bis 2000 ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen; für das Jahr 2001 liegen der Bundesregierung noch keine Daten vor.

Ausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände für Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz

(in Mrd. Euro)

Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände					
	in den alten Ländern		in den neuen Ländern		insgesamt	
	Brutto-ausgaben	Netto-ausgaben[1]	Brutto-ausgaben	Netto-ausgaben[1]	Brutto-ausgaben	Netto-ausgaben[1]
1990	13,3	8,9	-	-	13,3	8,9
1991	14,3	9,1	1,0	-	15,3	-
1992	16,0	10,5	1,5	0,4	17,4	10,9
1993	18,2	12,0	2,2	0,7	20,4	12,7
1994	18,9	13,4	2,5	0,9	21,3	14,3
1995	19,5	14,1	3,4	1,2	22,9	15,3
1996	18,7	13,7	3,1	1,0	21,8	14,6
1997	17,0	13,2	2,4	1,1	19,4	14,3
1998	17,1	13,6	2,3	1,2	19,3	14,7
1999	16,8	-	2,4	-	19,2	-
2000	17,0	-	2,5	-	19,5	-

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, ab 1999 Kassenstatistik, für die neuen Lander wurde auch für 1991 die Kassenstatistik zugrunde gelegt

[1] Die Nettobelastungen der kommunalen Haushalte durch Ausgaben für Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) können grundsätzlich nur über die kommunale Jahresrechnungsstatistik ermittelt werden, deren Ergebnisse bis einschließlich 1998 vorliegen. Für 1991 liegen hinreichend genaue Ergebnisse für die neuen Länder nicht vor.

Definition:

Leistungen der Sozialhilfe außer- und innerhalb von Einrichtungen, Leistungen an Kriegsopfer und sonstige soziale Leistungen, abzüglich Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts von anderen öffentlichen Bereichen und von sonstigen Bereichen, Gewinnanteile, Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen.

22. Welche quantitativen Auswirkungen hat die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, auf die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben?

Die amtliche Sozialhilfestatistik erfasst Ausgaben lediglich getrennt nach innerhalb und außerhalb von Einrichtungen gewährten Hilfearten. Sie können nicht bestimmten Personengruppen zugeordnet werden, wie z. B. Langzeitarbeitslosen, die (ergänzend) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. Die erbetenen Angaben sind daher nicht verfügbar.

23. In welcher Höhe belasten schätzungsweise in den Jahren seit 1999 bis einschließlich 2002 die Stromsteuer und Mineralölsteuererhöhung die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen?

    Wie hoch war die jährliche Entlastung der Haushalte aufgrund der Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung?

Die Stromsteuer und die Mineralölsteuererhöhungen in den Jahren seit 1999 bis einschließlich 2002 hatten zum Ziel,

– eine deutliche Absenkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung und damit der Lohnnebenkosten zu finanzieren

– und gleichzeitig den Energieverbrauch spürbar zu senken.

Die finanziellen Belastungen der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen seit 1999 bis einschließlich 2002 durch die Stromsteuer und die Mineralölsteuererhöhungen lassen sich allerdings nicht im Einzelnen ermitteln, da aus den beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) verfügbaren statistischen Daten weder der Energieverbrauch nach Energieträgern noch die tatsächlichen Energieeinsparungen der einzelnen Gebietskörperschaften ersichtlich sind. Die Ausgaben des Bundeshaushalts für den Energieverbrauch sind außerdem in die Flexibilisierung nach § 5 Haushaltsgesetz einbezogen. Preissteigerungen können innerhalb der Budgets der einzelnen Ressorts aufgefangen werden und müssen daher insgesamt zu keinen Mehrausgaben für den Bundeshaushalt führen.

Durch die Mittel, die der gesetzlichen Rentenversicherung im Zusammenhang mit der Einführung der Ökosteuer zur Verfügung gestellt werden, wird eine deutliche Absenkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung bewirkt. Ohne die Mittel aus der Ökosteuer wäre der Beitragssatz zur Rentenversicherung im Jahr 1999 jahresdurchschnittlich um 0,6 Prozentpunkte, 2000 um 1,0 Prozentpunkte, 2001 um 1,3 Prozentpunkte und 2002 um 1,5 Prozentpunkte höher ausgefallen.

Die Entlastung der Rentenversicherung durch die Ökosteuer führt zu erheblichen Entlastungen bei den öffentlichen Haushalten in einer Größenordnung von mehreren Hundert Mio. Euro. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte entfällt zu rund 90 % auf die personalintensiven Haushalte der Länder und ihrer Gemeinden.

Die Beiträge von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Eigenbetriebe) an die Rentenversicherung sind 1999 rd. 0,4 Mrd. DM (rd. 0,2 Mrd. Euro), 2000 rd. 0,7 Mrd. DM (rd. 0,4 Mrd. Euro) und 2001 rd. 1,0 Mrd. DM (rd. 0,5 Mrd. Euro) geringer als ohne die Beitragssatzabsenkung gewesen. Im Jahr 2002 wird die Entlastung rd. 1,1 Mrd DM (rd. 0,6 Mrd. Euro) betragen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bund, Ländern und Gemeinden wurden aufgrund der paritätischen Finanzierung in gleicher Höhe entlastet.

24. Wie hoch sind schätzungsweise die jährlichen Mehrbelastungen, die sich für die Träger der Sozialhilfe aus der Erhebung bzw. Erhöhung der Strom- und Mineralölsteuer ergeben?

    Wie hoch wären die Mehrbelastungen, wenn bei der Fortschreibung der Regelsätze die Erhöhung der Energiekosten aufgrund der Einführung der Stromsteuer angemessen berücksichtigt worden wäre?

Der Bundesregierung liegen keine Angaben oder Schätzungen vor über die jährlichen Mehrbelastungen, die sich für die Träger der Sozialhilfe aus der Erhebung bzw. Erhöhung der Strom- und Mineralölsteuer ergeben.

Bei der Fortschreibung der Regelsätze werden die Kosten für Haushaltsenergie (ohne die Heizkosten, die vom Träger der Sozialhilfe in der Regel voll übernommen werden) angemessen berücksichtigt. In den letzten 10 Jahren sind die Regelsätze um rd. 18 % angehoben worden, während die Kosten für Haushaltsenergie lediglich um rd. 11 % gestiegen sind.

Potenzielle Mehrbelastungen in dieser Hinsicht sind daher nicht ersichtlich.

25. Wie hoch sind seit 1996 die jährlichen Ausgaben für Kindergeld und welcher Anteil davon entfällt auf Bund und Länder?

Die jährlichen Haushaltsbelastungen des Bundes sowie der Länder und Gemeinden können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Haushaltsbelastungen für Kindergeld in Mio. €		
	insgesamt	davon: Bund [1] (42,5 v.H.)	davon: Länder und Gemeinden [1] (57,5 v.H.)
1996	22.090	9.388	12.702
1997	25.390	10.791	14.599
1998	25.550	10.859	14.691
1999	29.450	12.516	16.934
2000	30.930	13.145	17.785
2001	31.180	13.252	17.928
2002	34.230	14.548	19.682

[1] Ohne Berücksichtigung der Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder im Zusammenhang mit dem Familienleistungsausgleich, vgl. Frage 28.

26. Wie hoch sind in den einzelnen Jahren von 1996 bis 2002 die Ausgaben für Kindergeld an Familien, die keine Einkommensteuer abzuführen haben, weil das zu versteuernde Einkommen unterhalb der Grundfreibeträge liegt?

Nach der fortgeschriebenen Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 (Echtdaten) ergeben sich die nachfolgenden Anteile von Kindergeldzahlungen an Nichtsteuerbelastete:

Jahr	Kindergeld an Nichtsteuerbelastete in Mio. €
1996	4.170
1997	5.830
1998	5.730
1999	6.960
2000	6.700
2001	7.050
2002	7.280

27. Welcher Teil des aus dem Kindergeld resultierenden Entlastungsvolumens entfällt schätzungsweise auf die Steuerfreistellung des Existenzminimums und welcher Teil des Entlastungsvolumens entfällt auf die Förderung von Familien, soweit sie die steuerliche Entlastung übersteigt?

Nach der fortgeschriebenen Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 (Echtdaten) ergeben sich die nachfolgenden Aufteilungen:

Jahr	Familienleistungsausgleich (Kindergeld und Wirkung Kinderfreibetrag)[1] in Mio. €	Wirkung der verfassungsgemäßen Besteuerung durch das Kindergeld in Mio. €	Förderanteil am Kindergeld in Mio. €
1996	22.140	13.140	9.000
1997	25.440	14.420	11.020
1998	25.600	14.720	10.880
1999	29.500	15.030	14.470
2000	31.650	20.600	11.050
2001	31.900	19.580	12.320
2002	35.460	22.500	12.960

1) Einschließlich Betreuungsfreibetrag bzw. der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf.

28. Wie hoch sind seit 1996 die jährlichen Mehreinnahmen der Länder, die sich aufgrund der erhöhten Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen im Rahmen der Finanzierung des Kindergeldes ergeben?

Seit 1996 wurde der Anteil der Länder an der Umsatzsteuer mehrfach, und zwar im Jahr 1996 um 5,5 Prozentpunkte, im Jahr 2000 um weitere 0,25 Prozentpunkte sowie zum 1. Januar 2002 nochmals um 0,65 Prozentpunkte, erhöht. Aufgrund der erhöhten Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen ergeben sich rechnerisch folgende jährliche Mehreinnahmen der Länder:

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Mrd. Euro						
Mehreinnahmen der Länder	6,7	6,8	6,6	7,0	7,5	7,4	8,5

1996 bis 1999: endgültiges Ist
2000/2001: vorläufiges Ist
2002: Schätzergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ 8./9. November 2001

29. Welche Entwicklung der Steuereinnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer wurde der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage in den Jahren 2001 und 2002 zugrunde gelegt, und wie haben sich die tatsächlichen Steuereinnahmen in 2001 entwickelt bzw. welche Entwicklung zeichnet sich nach der jüngsten Steuerschätzung für das Jahr 2002 ab?

Die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage in den Jahren 2001 und 2002 berücksichtigt die Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes auf das Gewerbesteueraufkommen. Insgesamt wurde die Erhöhung der Umlage so bemessen, dass nur solche Gewerbesteuer-Mehreinnahmen aufgrund der Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen abgeschöpft werden, denen keine Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer gegenüberstehen. Grundlage der Berechnungen der finan-

ziellen Auswirkungen zum Steuersenkungsgesetz und damit zur Erhöhung der Gewerbesteuerumlage waren die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2000.

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2001 beträgt das Gewerbesteueraufkommen (netto) der Kommunen im Jahr 2001 rd. 19,0 Mrd. Euro und im Jahr 2002 rd. 18,8 Mrd. Euro.

30. Wie hätte die Gewerbesteuerumlage in 2001 und 2002 angepasst werden müssen, um den tatsächlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen?

Die tatsächliche Entwicklung der Gewerbesteuer kann nicht auf konjunkturelle und steuergesetzliche Ursachen aufgeteilt werden. Ohne die stabilisierenden Wirkungen des Steuersenkungsgesetzes wären die Gewerbesteuereinnahmen noch stärker zurückgegangen. Da auch Bund und Länder von konjunkturell bedingten rückläufigen Steuereinnahmen betroffen sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die mit der Anhebung der Gewerbesteuerumlage angestrebte Relation bei der Finanzierung der Nettoentlastungen der Steuerreform durch die aktuelle Entwicklung zu Ungunsten der Kommunen verschoben ist.

Die Bundesregierung hat zudem die aktuelle Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in den Folgegesetzen zum Steuersenkungsgesetz berücksichtigt. So führt das Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts zu Mehreinnahmen bzw. zur Sicherung eines Gewerbesteueraufkommens von mehr als 1 Mrd. Euro. Das Gesetz enthält u. a. eine Regelung zur Mehrmütterorganschaft, ferner die Angleichung der gewerbesteuerlichen Organschaft an die körperschaftsteuerliche Organschaft sowie die Gewerbesteuerpflicht für Streubesitzdividenden (Anteile von weniger als 10 %) und für Körperschaften sowie Personengesellschaften bei Veräußerung eines Mitunternehmeranteils gemäß § 7 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG). Damit können auch die Gewerbesteuer-Mindereinnahmen, die aus der verschobenen Anpassung der branchenbezogenen Abschreibungstabellen resultieren insgesamt mehr als aufgefangen werden. Zudem wird im Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz nach § 14 Abs. 3 des Körperschaftssteuergesetzes (KStG) u. a. die gewerbesteuerliche Anerkennung einer Organschaft zwischen Lebens- bzw. Krankenversicherungen und Sachversicherungen versagt.

Eine Anpassung der Gewerbesteuerumlage ist daher nicht erforderlich.

31. Wann wird die Anpassung der branchenbezogenen Abschreibungstabellen abgeschlossen sein und ab welchem Jahr ist frühestens mit ihren Inkrafttreten zu rechnen?

Nicht zuletzt im Hinblick auf die angespannte konjunkturelle Lage ist Mitte August 2001 die Überarbeitung von noch rund 100 Branchentabellen ausgesetzt worden, um die Ergebnisse des inzwischen vergebenen Gutachtens mit dem Thema „Analyse handels- und steuerrechtlicher Abschreibungsregeln, Anforderungen an die Abschreibungsregeln im modernen Wirtschaftsleben; internationaler Vergleich“ abzuwarten. Dieses Gutachten soll im Herbst 2002 vorliegen. Danach erst soll entschieden werden, ob und welche gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen ergriffen werden.

32. Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich in den einzelnen Jahren von 2001 bis 2006 aus der Reform der Unternehmensbesteuerung für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden,

    – wenn die im Finanztableau zum Steuersenkungsgesetz nicht erfassten Gewerbesteuerausfälle aufgrund der Steuerfreiheit von Beteiligungserträgen aus Streubesitz (vgl. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks vom 17. September 2001 und vom 2. Oktober 2001 auf die schriftlichen Fragen 7 (Bundestagsdrucksache 14/6942) und 38 (Bundestagsdrucksache 14/7121) der Abgeordneten Dr. Barbara Höll) und

    – wenn die im Finanztableau zum Steuersenkungsgesetz bereits ab dem Jahr 2001 einkalkulierten Mehreinnahmen aufgrund der Anpassung der branchenbezogenen Abschreibungstabellen erst ab dem Jahr ihres voraussichtlich tatsächlichen Eintretens berücksichtigt werden

    (Angaben bitte jeweils mit und ohne Berücksichtigung der Anpassung der Gewerbesteuerumlage)?

– In dem Unternehmensteuerfortentwicklungsgesetz (UntStFG) vom 20. Dezember 2001 wurde eine Hinzurechnung der Streubesitzdividenden zum Gewerbeertrag beschlossen. Dies führt zu einer Sicherung des Gewerbesteueraufkommens von rund 200 Mio. Euro im Entstehungsjahr. Zu den im Steuersenkungsgesetz nicht erfassten Folgewirkungen auf die Gewerbesteuer der Steuerfreiheit von Dividenden aus Streubesitz kommt es im Ergebnis nicht. Das UntStFG sieht zusätzliche Mehreinnahmen bei den Gemeinden von rd. 775 Mio. Euro im Entstehungsjahr vor, Bund und Länder haben durch das UntStFG Mindereinnahmen von rd. 635 Mio. Euro im Entstehungsjahr. Die Gewerbesteuerumlage wurde durch das UntStFG nicht angepasst.

– Im Rahmen der Unternehmensteuerreform wurden lediglich die AfA-Tabelle für die allgemein verwendbaren Wirtschaftsgüter an realitätsnähere Nutzungsdauern angepasst. Außerdem wurden für die Branchen „Maschinenbau“ und „Seehafenbetriebe" zwei neue Branchentabellen erstellt.

Nicht zuletzt im Hinblick auf die angespannte konjunkturelle Lage ist Mitte August 2001 die weitere Überarbeitung von noch rund 100 Branchentabellen ausgesetzt worden, um die Ergebnisse des inzwischen vergebenen Gutachtens mit dem Thema „Analyse handels- und steuerrechtlicher Abschreibungsregelungen, Anforderungen an die Abschreibungsregeln im modernen Wirtschaftsleben, internationaler Vergleich“ abzuwarten. Dieses Gutachten soll im Herbst 2002 vorliegen. Danach erst soll entschieden werden, ob und welche gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen ergriffen werden. Eine Bezifferung der finanziellen Auswirkungen für die Überarbeitung der Branchentabellen ist daher noch nicht möglich.

Durch die bisher nur teilweise Neufassung der Abschreibungstabellen verändern sich die finanziellen Auswirkungen der Reform der Unternehmensbesteuerung in den Rechnungsjahren 2001 bis 2006 wie folgt (Beträge in Mio. Euro).

	Gebiets-körper-schaft	Rechnungsjahr					
		2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bisherige Auswirkungen der Reform der Unternehmensbesteuerung (Pos. 24 des Finanztableau zum StSenkG)	**Insg.**	**- 8.150**	**- 9.703**	**- 6.848**	**- 4.975**	**- 4.727**	**- 6.346**
	Bund	- 4.652	- 6.160	- 5.455	- 4.730	- 4.724	- 5.256
	Länder	- 4.083	- 5.301	- 4.516	- 3.828	- 3.796	- 4.348
	Gem.	+ 585	+ 1.758	+ 3.123	+ 3.583	+ 3.793	+ 3.258
Verringerung der Mehreinnahmen bei der Anpassung der Abschreibungstabellen	**Insg.**	**- 61**	**- 414**	**- 858**	**- 1.200**	**- 1.455**	**- 281**
	Bund	- 13	- 112	- 229	- 321	- 377	- 43
	Länder	- 16	- 119	- 247	- 347	- 413	- 53
	Gem.	- 32	- 183	- 382	- 532	- 665	- 185
Neue finanzielle Auswirkungen der Reform der Unternehmensbesteuerung	**Insg.**	**- 8.212**	**- 10.116**	**- 7.708**	**- 6.174**	**- 6.181**	**- 6.626**
	Bund	- 4.666	- 6.272	- 5.685	- 5.051	- 5.101	- 5.299
	Länder	- 4.099	- 5.419	- 4.764	- 4.174	- 4.209	- 4.401
	Gem.	+ 553	+ 1.575	+ 2.741	+ 3.051	+ 3.129	+ 3.074
Nachrichtlich: Neue finanzielle Auswirkungen der Reform der Unternehmensbesteuerung mit Berücksichtigung der Anpassung der Gewerbesteuerumlage	**Insg.**	**- 8.212**	**- 10.116**	**- 7.708**	**- 6.174**	**- 6.181**	**- 6.626**
	Bund	- 4.308	- 5.373	- 4.207	- 3.351	- 3.352	- 3.785
	Länder	- 3.741	- 4.519	- 3.363	- 2.553	- 2.542	- 2.972
	Gem.	- 163	- 224	- 138	- 270	- 287	+ 131

33. Wie müsste die Gewerbesteuerumlage in den einzelnen Jahren von 2001 bis 2006 angepasst werden, wenn die in der Vorfrage genannten Änderungen in den finanziellen Auswirkungen berücksichtigt werden und mit der Anpassung der Gewerbesteuerumlage lediglich die Einnahmen abgeschöpft werden sollen, die aufgrund der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage als Gewerbesteuermehreinnahmen zu erwarten waren?

Es wird auf die Antwort zu Frage 30 verwiesen.

34. Welche Anpassung der Gewerbesteuerumlage hätte vorgenommen werden müssen, wenn nicht nur die Gewerbesteuermehreinnahmen aufgrund der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage abgeschöpft, sondern auch die Gewerbesteuerausfälle aufgrund der Abschreibung der Mobilfunklizenzen ausgeglichen würden?

    Warum wurde eine Anpassung der Gewerbesteuerumlage zum Ausgleich dieser Gewerbesteuerausfälle nicht vorgenommen?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass es im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des Telekommunikationsmarktes insgesamt fraglich ist, ob es im

Zusammenhang mit der Vergabe von UMTS-Lizenzen per Saldo überhaupt zu Steuerausfällen kommt. Die finanziellen Auswirkungen der Versteigerung der Lizenzen sind im Übrigen vor einem mittleren Zeithorizont im Rahmen des gesamten wirtschaftspolitischen Umfeldes durchaus positiv zu bewerten. Bei allen Unwägbarkeiten über die konkrete Entwicklung dieses Marktes dürfte der Mobilfunkbereich auf mittlere Sicht aufgrund der zu erwartenden positiven Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der in diesem Bereich agierenden Unternehmen sowie für die Beschäftigung einen Wachstumsmarkt darstellen, der durch die weitere technische Entwicklung noch an Dynamik gewinnen wird. Damit ist eine Aufkommensentwicklung bei der Einkommen- und der Gewerbesteuer zu erwarten, von der die betroffenen Städte und Gemeinden trotz des Betriebsausgabenabzugs bei der Gewerbesteuer insgesamt profitieren werden.

Im Übrigen wird in diesem Zusammenhang auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. März 2002 zu den UMTS-Erlösen verwiesen.

E. Steuerbelastung auf verschiedene Einkommensarten

35. Wie hat sich in den einzelnen Jahren von 1990 bis 2001 das Aufkommen aus der Vermögensteuer entwickelt und wie hoch war jeweils der Anteil, der auf das Vermögen juristischer Personen entfiel?

Das kassenmäßige Aufkommen der Vermögensteuer in den Jahren 1990 bis 2001 ist der nachstehenden Tabelle 1 zu entnehmen.

Tabelle 2 enthält für die Hauptveranlagungen zur Vermögensteuer 1989, 1993 und 1995 eine Aufteilung der Jahressteuerschuld auf natürliche und nicht natürliche Personen entsprechend den für diese Jahre vorliegenden Zahlen der amtlichen Vermögensteuerstatistik. Die letzte Erhebung dieser Statistik fand für die Hauptveranlagung zum Stichtag 1. Januar 1995 statt, da die Vermögensteuer wegen ihrer teilweisen Verfassungswidrigkeit seit 1997 nicht mehr erhoben wird.

Die zu beobachtende Zunahme des Anteils natürlicher Personen an der gesamten Jahressteuerschuld wurde maßgeblich durch die folgenden Gesetzesänderungen beeinflusst:

- Erhöhung des Freibetrags für inländisches Betriebsvermögen von 115 000 auf 500 000 DM ab 1993 (Steueränderungsgesetz 1992),
- Anhebung (Verdopplung) des Vermögensteuersatzes für Grundvermögen und bestimmtes sonstiges Vermögen mit Ausnahme der Beteiligungswerte von 0,5 % auf 1 % ab 1995 unter Beibehaltung des Steuersatzes von 0,6 % für nicht natürliche Personen (Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms [FKPG] vom 23. Juni 1993).

Tabelle 1

Kassenmäßiges Vermögensteueraufkommen 1990 bis 2001

	1990[1)]	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
in Mio. €	3.238,1	3.440,5	3.451,2	3.468,5	3.388,3	4.016,4	4.619,7	898,2	543,2	537,0	433,2	290,5

1) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990

Tabelle 2

Aufteilung Jahressteuerschuld in VSt-Hauptveranlagungen 1989, 1993 und 1995

	HV 1989		HV 1993		HV 1995	
	Jahressteuerschuld in Mio. €	Anteil in vH	Jahressteuerschuld in Mio. €	Anteil in vH	Jahressteuerschuld in Mio. €	Anteil in vH
natürliche Personen	1.463	51,9	1.700	58,0	2.578	67,1
nicht natürliche Personen	1.353	48,1	1.233	42,0	1.264	32,9
Summe	2.816	100,0	2.932	100,0	3.842	100,0

36. Wie hat sich in den einzelnen Jahren von 1990 bis 2001 das Verhältnis von laufenden Ertragsteuern (Körperschaft- und Gewerbesteuer, Solidaritätszuschlag) zum Unternehmensgewinn von Kapitalgesellschaften entwickelt und wie hat sich dieses Verhältnis unter Einbeziehung der auf juristische Personen entfallenden Vermögensteuer entwickelt?

Die gewünschten Verhältniszahlen können nicht ermittelt werden, da weder für die Gewerbesteuereinnahmen noch für die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Unternehmensgewinne Angaben über die Aufteilung auf Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften vorliegen.

37. Wie hat sich in den einzelnen Jahren von 1991 bis 2001 das Verhältnis von Ertrag- und Vermögensteuern (Summe aus Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe-, Kapitalertrag-, Vermögen- und Grundsteuer sowie darauf entfallenden Solidaritätszuschlag) zu den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen entwickelt?

Die gewünschten Angaben sind für die Jahre 1991 bis 2000 der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Es wird deutlich, dass die Relation von Ertrag- und Vermögenssteuern zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen nach einem deutlichen Rückgang Mitte der neunziger Jahre im Jahr 2000 wieder den gleichen Wert aufweist wie im Jahr 1991.

Rechnet man die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer aus der steuerlichen Belastung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen heraus, so ergibt sich im Jahre 2000 eine Belastung, die über der Belastung zu Beginn der neunziger Jahre liegt.

Verhältnis Steuern aus Einkommen und Vermögen zu Unternehmens- und Vermögenseinkommen

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Steuern aus Einkommen und Vermögen[1] (Mio. €)	74.589,6	76.428,6	73.973,1	72.334,1	68.100,6	72.582,8	69.848,4	79.013,8	90.014,5	96.503,0
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen nach VGR[2] (Mrd. €)	321,1	326,2	317,8	341,5	362,4	376,4	395,4	411,6	405,9	416,6
Anteil Steuern an Unternehmens- und Vermögenseinkommen nach VGR (in v.H.)	23,2	23,4	23,3	21,2	18,8	19,3	17,7	19,2	22,2	23,2
Steuern aus Einkommen und Vermögen[1] zuzüglich Erstattungen nach § 46 EStG (Mio. €)	83.709,1	87.808,4	89.765,3	90.438,5	87.537,9	93.785,8	91.519,7	100.576,3	111.182,0	117.381,2
Anteil Steuern an Unternehmens- und Vermögenseinkommen nach VGR (in v.H.)	26,1	26,9	28,2	26,5	24,2	24,9	23,1	24,4	27,4	28,2

1) Kassenmäßiges Aufkommen aus veranlagter Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag und jeweils darauf entfallendem Solidaritätszuschlag, Vermögensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer.

2) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 18, Reihe 1.2, 2001, S. 36.

38. Wie hat sich in den einzelnen Jahren von 1990 bis 2001 das Verhältnis von Lohnsteuer und darauf entfallenden Solidaritätszuschlag zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit entwickelt (Angaben bitte mit und ohne Lohnsteuererstattung)?

Die gewünschten Angaben sind für die Jahre 1991 bis 2000 der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Die Relation von Lohnsteuer (einschl. darauf entfallendem Solidaritätszuschlag) zum Arbeitnehmerentgelt ist von 1991 bis Mitte der neunziger Jahre deutlich angestiegen und anschließend wieder auf das Niveau zu Beginn der neunziger Jahre zurückgegangen. Bei Einbeziehung der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 des Einkommensteuergesetzes (EStG) zeigt sich im Jahre 2000 ein deutlicher Rückgang der Quote im Vergleich zu 1991.

Verhältnis Lohnsteuer zu Arbeitnehmerentgelt

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Lohnsteuer und darauf entfallender Solidaritätszuschlag[1] (Mio. €)	113.176,3	131.522,6	131.889,5	136.279,5	154.093,1	138.830,5	137.504,1	140.120,1	141.897,8	144.027,6
Arbeitnehmerentgelt (Inländer) nach VGR[2] (Mrd. €)	846,0	916,4	937,9	961,2	996,2	1.005,3	1.009,2	1.030,4	1.058,3	1.089,2
Anteil Steuern an Arbeitnehmerentgelt	13,4	14,4	14,1	14,2	15,5	13,8	13,6	13,6	13,4	13,2
Lohnsteuer und darauf entfallender Solidaritätszuschlag abzüglich Erstattungen nach § 46 EStG (Mio. €)	104.056,8	120.142,8	116.097,3	118.175,0	134.655,8	117.627,5	115.832,8	118.557,5	120.730,2	123.149,3
Anteil Steuern an Arbeitnehmerentgelt	12,3	13,1	12,4	12,3	13,5	11,7	11,5	11,5	11,4	11,3

1) Kassenmäßige Einnahmen.
2) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 18, Reihe 1.2, 2001, S. 36.

F. Bekämpfung von Steuerbetrug

39. Wie haben sich in den einzelnen Jahren seit 1990 die Brutto- und Nettogeldvermögen der
    - privaten Haushalte,
    - nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften,
    - monetären Finanzinstitute,
    - sonstigen Finanzinstitute,
    - Versicherungen und
    - insgesamt

    entwickelt?

Die Entwicklung des Brutto- bzw. Nettogeldvermögens der einzelnen Sektoren von 1991 bis 2000 ergibt sich aus nachstehender Tabelle (Quelle: Deutsche Bundesbank, Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2000, Statistische Sonderveröffentlichung vom 4. September 2001). Angaben für das Jahr 2001 liegen noch nicht vor.

Methodische Anmerkung: Gemäß ESVG ’95 umfassen die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften neben den AGs und GmbHs auch die sog. Quasi-Kapitalgesellschaften, d. h. die Personengesellschaften in Form von OHGs und KGs. Der Versicherungssektor enthält neben den Versicherungsunternehmen die Pensions- und Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. Zu den Sonstigen Finanzinstituten gehören derzeit lediglich die Kapitalanlagegesellschaften (offene Investmentfonds). Die inländischen Sektoren umfassen zusätzlich zu den gezeigten Sektoren den Sektor Staat.

Entwicklung des Geldvermögens

Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck

Stand am Jahresende; Mrd. DM

Positionen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Geldvermögen (brutto)	3.950,80	4.266,16	4.732,87	4.921,79	5.283,58	5.632,42	6.027,82	6.416,49	6.983,63	7.123,93
Verbindlichkeiten	1.611,25	1.743,49	1.915,94	2.101,16	2.248,85	2.402,42	2.516,97	2.664,62	2.844,35	2.934,48
Nettogeldvermögen	2.339,55	2.522,66	2.816,92	2.820,63	3.034,74	3.230,00	3.510,85	3.751,87	4.139,28	4.189,46

Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften

Stand am Jahresende; Mrd. DM

Positionen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Geldvermögen (brutto)	1.531,99	1.576,78	1.863,96	2.004,81	2.162,20	2.450,64	2.764,82	3.111,75	3.681,12	4.045,83
Verbindlichkeiten	2.986,02	3.097,32	3.629,91	3.761,85	3.803,98	4.234,59	4.765,42	5.383,51	6.462,57	6.676,12
Nettogeldvermögen	-1.454,03	-1.520,55	-1.765,95	-1.757,04	-1.641,77	-1.783,95	-2.000,59	-2.271,77	-2.781,45	-2.630,28

Monetäre Finanzinstitute

Stand am Jahresende; Mrd. DM

Positionen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Geldvermögen (brutto)	4.723,96	5.119,04	5.808,92	6.044,33	6.620,24	7.245,16	7.974,93	8.880,89	9.779,04	10.324,68
Verbindlichkeiten	4.530,21	4.926,44	5.589,44	5.778,50	6.408,00	7.008,61	7.762,10	8.562,56	9.326,06	9.970,45
Nettogeldvermögen	193,75	192,60	219,49	265,83	212,24	236,55	212,82	318,33	452,98	354,23

Sonstige Finanzinstitute

Stand am Jahresende; Mrd. DM

Positionen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Geldvermögen (brutto)	286,41	310,59	420,74	458,07	529,63	657,41	880,98	1.112,41	1.478,24	1.588,58
Verbindlichkeiten	286,41	310,59	420,74	458,07	529,63	657,41	880,98	1.112,41	1.478,24	1.588,58
Nettogeldvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Versicherungen

Stand am Jahresende; Mrd. DM

Positionen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Geldvermögen (brutto)	869,03	963,42	1.129,33	1.185,52	1.317,40	1.471,99	1.708,93	1.884,95	2.224,48	2.319,02
Verbindlichkeiten	1.004,42	1.081,57	1.245,73	1.332,97	1.452,30	1.588,66	1.834,98	2.054,63	2.274,89	2.535,83
Nettogeldvermögen	-135,39	-118,15	-116,41	-147,45	-134,90	-116,68	-126,05	-169,68	-50,42	-216,81

Inländische Sektoren

Stand am Jahresende; Mrd. DM

Positionen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Geldvermögen (brutto)	11.909,88	12.785,37	14.585,75	15.254,87	16.537,20	18.104,92	20.046,38	22.080,08	24.812,66	26.167,82
Verbindlichkeiten	11.559,56	12.479,58	14.334,16	15.058,98	16.456,09	18.052,74	20.023,87	22.163,04	24.736,73	26.114,48
Nettogeldvermögen	350,32	305,79	251,59	195,89	81,11	52,17	22,52	-82,96	75,93	53,33

Quelle: Deutsche Bundesbank

40. Wie haben sich in den einzelnen Jahren seit 1993
    - die Termingelder, Sparguthaben, Geldmarktpapiere, festverzinslichen Wertpapiere, Fondsanteile und Aktien der privaten Haushalte und
    - die Zinsabschlagsteuer und Kapitalertragsteuer

    entwickelt?

Nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung einzelner Anlageformen für die privaten Haushalte im Zeitraum 1993 bis 2000.

Methodische Anmerkung: Bauspareinlagen werden bis 1998 den Spareinlagen und, in Übereinstimmung mit der Bankenstatistik, ab 1999 den Termingeldern zugerechnet.

Ausgewählte Komponenten des Geldvermögens privater Haushalte

Stand zum Jahresende; Mrd. DM

Positionen	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Termingelder	511,97	428,34	350,40	302,26	289,87	296,21	472,87	491,93
Spareinlagen	997,14	1083,97	1191,06	1296,74	1343,92	1375,63	1185,10	1106,08
Sparbriefe	174,22	165,84	178,19	175,60	179,42	175,64	156,32	151,53
Geldmarktpapiere	13,52	8,55	4,89	4,55	3,50	3,14	2,38	2,62
Rentenwerte	586,65	587,97	709,93	716,38	702,54	693,39	709,09	721,86
Aktien	336,76	333,56	366,15	433,08	574,54	663,71	901,41	846,09
Investmentzertifikate	265,84	340,09	371,80	409,69	476,74	566,44	718,94	804,26

Quelle: Deutsche Bundesbank

Die Einnahmen aus Zinsabschlag und Kapitalertragsteuer seit 1993 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Kassenmäßige Einnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden	
	Zinsabschlag	Kapitalertragsteuer
	in Mio. DM	
1993	10.749,5	11.984,2
1994	13.708,2	17.746,4
1995	12.806,7	16.914,4
1996	12.110,5	13.345,3
1997	11.397,5	14.694,1
1998	11,891,4	22.748,5
2000	11.822,8	22.117,0
2001	14.344,5	26.432,9

Quelle: Finanzbericht 2002, S. 265, 266

41. Wie haben sich seit 1990 die Geldvermögenseinkommen der privaten Haushalte sowie deren Anteil am Volkseinkommen und verfügbaren Einkommen entwickelt?

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

Das Statistische Bundesamt weist im Rahmen der VGR für die privaten Haushalte die sog. empfangenen Vermögenseinkommen aus, die allerdings umfassender abgegrenzt sind als die Geldvermögenseinkommen. Sie enthalten neben den Zinseinkommen, den Dividenden und den Einkünften aus Versicherungsverträgen sowie aus den Anlagen bei Investmentfonds zusätzlich die Positionen Pachteinkommen und die Gewinnentnahmen der privaten Haushalte aus Personengesellschaften sowie die Ausschüttungen von GmbHs. Berechnungen zum Einkommen der privaten Haushalte aus Geldvermögen nach Umstellung der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung auf das ESVG ’95 liegen derzeit nicht vor.

Der Verlauf der so definierten Vermögenseinkommen von 1991 bis 2001 ergibt sich aus nachstehender Tabelle (Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Januar 2002). Die Tabelle enthält außerdem die gewünschten Anteile der Vermögenseinkommen am Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie am Volkseinkommen. Bei diesen „Anteilen“ ist allerdings zu beachten, dass bei der Berechnung der Bezugsgrößen die geleisteten Vermögenseinkommen bereits zum Abzug gebracht wurden, und im Falle des Verfügbaren Einkommens die direkte Abgabenbelastung der empfangenen Vermögenseinkommen berücksichtigt worden ist.

Entwicklung des Vermögenseinkommens privater Haushalte

Zeitraum	Empfangene Vermögenseinkommen		
	Veränderung geg. Vorjahr in %	in % des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	in % des Volkseinkommens
1991	-	19,5	16,2
1992	+2,8	18,7	15,7
1993	+2,3	18,5	15,8
1994	+8,9	19,6	16,6
1995	+1,9	19,3	16,3
1996	-0,6	18,7	15,9
1997	+9,3	20,1	17,1
1998	+9,4	21,4	18,2
1999	+5,1	21,8	18,9
2000	+9,7	23,3	20,1
2001	+5,9	23,8	21,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Januar 2002.

42. Wie hoch waren 1998 schätzungsweise die Einnahmen aus der Besteuerung von Spekulationsgewinnen bei Wertpapieren und in welcher Höhe ergaben sich nach Berechnung der Bundesregierung durch die Verdopplung der Spekulationsfristen im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 Mehreinnahmen?

    Welche Annahmen lagen dieser Berechnung zugrunde?

Die letzte aktuelle Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 enthält keine Angaben über die Höhe der Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften i. S. d. § 23 EStG der nicht in Grundbesitz bestehenden Wirtschaftsgüter.

Bei der Ermittlung der finanziellen Auswirkungen aus der Verlängerung der Spekulationsfrist der nicht in Grundbesitz bestehenden Wirtschaftsgüter von 6 Monaten auf 1 Jahr im Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 wurden Steuermehreinnahmen in Höhe von 12 Mio. Euro (23 Mio. DM) im Entstehungsjahr geschätzt. Dabei wurde die Annahme getroffen, dass rund 10 000 Steuerpflichtige einen durchschnittlichen Veräußerungsgewinn von 2 556 Euro (5 000 DM) bei einem Grenzsteuersatz von 45 % durch die Verlängerung der Spekulationsfrist zusätzlich versteuern müssen.

43. Welche Initiativen bzw. Maßnahmen sind von der Bundesregierung zur Bekämpfung des Steuerbetrugs – insbesondere im Rahmen der Besteuerung von Einkünften aus Geldvermögen – ausgegangen?

Im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 vom 24. März 1999 (BGBl. I, S. 402 ff.) wurden die Möglichkeiten zur Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen auf Initiative der Bundesregierung erheblich verbessert. Durch die Abschaffung der Verwertungseinschränkung des § 45d Abs. 2 EStG (alt) für Daten, die dem Bundesamt für Finanzen aufgrund der Verpflichtung des § 45d Abs. 1 EStG im Rahmen der Erteilung von Freistellungsaufträgen übermittelt wurden, dürfen diese Daten nunmehr gemäß § 45d Abs. 2 EStG

(neu) ohne Einschränkung zur Durchführung eines Verwaltungsverfahrens oder eines gerichtlichen Verfahrens in Steuersachen oder eines Strafverfahrens wegen einer Steuerstraftat oder eines Bußgeldverfahrens wegen einer Steuerordnungswidrigkeit verwendet werden. Dadurch wird im Ergebnis eine zumindest 30%ige, bei Tafelgeschäften 35%ige Besteuerung von im Inland zufließenden steuerpflichtigen Kapitalerträgen sichergestellt. Um eine effektive Nutzung der Daten des Bundesamtes für Finanzen zu ermöglichen, wurde flankierend die Möglichkeit für die Finanzämter geschaffen, im Online-Verfahren auf die beim Bundesamt für Finanzen gespeicherten Daten für Besteuerungszwecke zuzugreifen.

Die geltenden Regelungen der Abgabenordnung zur Aufdeckung und Ahndung von Steuerbetrug haben sich bewährt und garantieren hinreichend die Handlungsfähigkeit der Steuerfahndungsdienste der Länder.

Besonderer Maßnahmen im Bereich bestimmter Einkunftsarten bedarf es nach Auffassung der Bundesregierung daher grundsätzlich nicht.

Allerdings wurde mit dem Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz vom 19. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3922) durch § 370a der Abgabenordnung für den Bereich der organisierten Kriminalität eine gesetzliche Neuregelung getroffen, die die bandenmäßige oder gewerbsmäßige Steuerhinterziehung als Verbrechen ahndet. Damit stellt eine derartige Steuerhinterziehung ohne weiteres eine Vortat für ein Geldwäschedelikt nach § 261 des Strafgesetzbuches (StGB) dar.

44. Warum hat die Bundesregierung bisher noch nicht die Initiative ergriffen, um die Übermittlung von Kontrollmitteilungen über Guthabenkonten und Depots seitens der Kreditinstitute an die Finanzbehörden zu ermöglichen?

Die Bundesregierung hält die generelle Einführung von Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute über Guthabenkonten und Depots an die Finanzbehörden für wenig effizient. Die Erstellung und Auswertung derartiger Kontrollmitteilungen würde sowohl für die Kreditinstitute als auch für die Finanzbehörden einen erheblichen bürokratischen Aufwand bedeuten Der Erfolg dieses Aufwandes wäre äußerst zweifelhaft. Die Mehrheit der Kontrollmitteilungen dürfte ohne steuerliche Relevanz sein, da die Kapitalbeträge in der überwiegenden Zahl der Fälle unterhalb der Freibeträge liegen dürften. Dennoch müssten die Kontrollmitteilungen durch die Finanzbehörden geprüft werden. Das erzielbare steuerliche Ergebnis stünde danach in keinem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Aufwand.

45. In welchen Ländern der EU gibt es dem Verbot gemäß § 33a Abs. 2 und 3 Abgabenordnung (AO) vergleichbare Regelungen?

In der AO gibt es § 33a Abs. 2 und 3 nicht. Bei der Beantwortung der Anfrage wird davon ausgegangen, dass die Frage die Beschränkungen des Bankgeheimnisses i. S. d. § 30a Abs. 2 und 3 AO betrifft.

Ein Vergleich der unterschiedlichen Regelungen in den EU-Staaten zeigt, dass Deutschland neben Belgien, Luxemburg, Österreich und Portugal zu den Ländern gehört, in denen das Bankgeheimnis die Befugnisse der Finanzbehörden stärker beschränkt. Nur in Ausnahmefällen (Verdacht auf Steuerbetrug und im steuerlichen Strafverfahren) sind die Banken und Kreditinstitute verpflichtet, den Finanzbehörden Auskünfte zu erteilen.

Dagegen haben die Banken und Kreditinstitute insbesondere in den nördlichen Ländern der EU (Dänemark, Finnland, Schweden) sowie in Frankreich und

Spanien die gesetzliche Verpflichtung, die Finanzbehörden über Konten und Zinserträge regelmäßig zu informieren. Diese Informationen werden z. T. in einer zentralen Datenbank (z. B. in Frankreich und Spanien) abgelegt, z. T. unter Verwendung von Finanzkennziffern (z. B. Niederlande, Dänemark, Schweden) den Finanzbehörden mitgeteilt.

Darüber hinaus können sich die EU-Staaten im Rahmen der Internationalen Rechts- und Amtshilfe gegenseitig Auskünfte aufgrund der DBA und des EG-Amtshilfegesetzes erteilen, soweit grenzüberschreitende Sachverhalte betroffen sind.

G. Dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich durch gerechte und solidarische Verteilung der Lasten entgegenwirken

46. Inwieweit vereinbart sich die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 % zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme auf 42 % in 2005 mit dem in der Koalitionsvereinbarung erklärten Vorhaben, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich durch eine gerechte und solidarische Verteilung der Lasten entgegenzuwirken?

Die Steuerreform 2000 bringt insbesondere für die Bezieher kleiner Einkommen entscheidende Entlastungen. Seit 1998 sorgt die Bundesregierung dafür, dass der insbesondere für die Besteuerung von kleinen Einkommen relevante Grundfreibetrag stark angehoben wird (von rund 6 322 Euro in 1998 auf 7 664 Euro im Jahr 2005). Die Anhebung des Grundfreibetrages kommt den Beziehern niedriger Einkommen proportional stärker zugute als Beziehern höherer Einkommen. Außerdem wird im gleichen Zeitraum der Eingangssteuersatz von 25,9 % auf 15,0 % um über 40 % verringert, während der Höchststeuersatz von 53 % auf 42 % um gut 20 % gesenkt wird

47. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die hohe Vermögenskonzentration ein Teil des Auseinanderdriftens der Gesellschaft in Arm und Reich darstellt und dass durch die Erhebung der Vermögensteuer diesem Auseinanderdriften entgegengewirkt werden kann?

Das Aufkommen der Vermögensteuer steht nach dem Grundgesetz den Ländern zu. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

48. Wie hat sich seit 1990 das Verhältnis

- der Vermögensteuer – soweit sie auf das Vermögen der privaten Haushalte entfällt – zum Vermögen der privaten Haushalte und
- der Vermögensteuer – soweit sie auf das Vermögen juristischer Personen entfällt – zum Vermögen der juristischen Personen

entwickelt?

Hierzu folgende statistisch-methodische Erläuterungen: Die Bewertung des Vermögens wird in der Vermögensteuerstatistik entsprechend den steuerrechtlichen Vorgaben wiedergegeben. Zu beachten ist, dass das Vermögen von Personengesellschaften bei den natürlichen Personen enthalten ist, da hier nicht die Personengesellschaften, sondern ihre Miteigentümer steuerpflichtig sind.

Eine Aufteilung des Aufkommens der Vermögensteuer auf das Vermögen juristischer und natürlicher Personen ist aus den Daten des Steuerhaushalts nicht möglich.

Verhältnis der Vermögensteuer zum Gesamtvermögen der unbeschränkt Vermögensteuerpflichtigen

Hauptveranlagung	Natürliche Personen			Juristische Personen		
	Gesamtvermögen	Jahressteuerschuld	*Verhältnis Steuer/ Vermögen*	Gesamtvermögen	Jahressteuerschuld	*Verhältnis Steuer/ Vermögen*
	Mio. DM		%	Mio. DM		%
1989	682 743	2 824	*0,41*	433 733	2 598	*0,60*
1993	833 371	3 288	*0,39*	394 936	2 366	*0,60*
1995	915 444	4 992	*0,54*	405 211	2 427	*0,60*

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 7.4

49. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung der jährlichen Anzahl und Höhe der Erbschaften vor?

Nach 1978 war die Rechtsgrundlage für die Erbschaftsteuerstatistik entfallen. Für ab 2002 eintretende Erbfälle wird wieder eine Erbschaftsteuerstatistik durchgeführt, deren Ergebnisse ab 2004 erwartet werden (vgl. auch Antwort auf Frage 55).

50. Wie hoch war das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer in den einzelnen Jahren seit 1990 insgesamt und wie hoch waren die Anteile in den einzelnen Bundesländern?

Das kassenmäßige Aufkommen der Erbschaftsteuer differenziert nach Bundesländern ist der nachstehenden Tabelle 1 zu entnehmen. Die Tabelle 2 enthält die gewünschten Angaben über die Anteile der einzelnen Bundesländer am gesamten Kassenaufkommen.

Tabelle 1

Kassenmäßiges Aufkommen der Erbschaftsteuer 1990 bis 2001 in Tsd. Euro

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Baden-Württemberg	267.842	244.930	212.407	257.259	305.271	311.896	347.586	310.949	383.055	464.805	503.267	426.111
Bayern	246.266	238.769	255.177	289.678	390.931	412.835	410.069	438.639	444.791	700.503	620.637	612.055
Berlin	65.374	76.654	80.784	78.971	107.911	83.338	99.455	137.530	160.128	168.084	153.990	206.482
Brandenburg	-	505	1.126	2.433	3.862	6.375	5.719	5.654	4.698	6.863	8.692	10.316
Bremen	15.465	18.874	18.232	23.181	20.684	21.786	31.267	71.232	-16.663	30.937	23.573	34.607
Hamburg	69.193	72.713	64.921	71.453	59.850	59.650	96.909	100.366	189.256	201.706	182.871	142.986
Hessen	137.910	112.954	185,336	170.419	119.601	135.575	176.623	194.869	225.658	222.873	260.789	283.064
Mecklenburg-Vorp.	-	98	578	1.519	2.034	2.083	1.661	2.877	2.311	2.694	2.964	3.111
Niedersachsen	109.720	79.352	101.159	113.886	129.181	140.456	182.371	144.977	164.052	206.403	235.600	220.661
Nordrhein-Westfalen	537.585	357.466	506.972	420.350	507.991	503.384	514.709	557.648	633.912	759.836	737.987	825.944
Rheinland-Pfalz	43.977	87.441	69.432	66.603	71.363	69.254	119.967	35.573	75.961	156.134	118.593	147.021
Saarland	14.462	9.012	7.640	9.196	9.696	5.645	9.900	11.873	17.539	27.871	30.969	32.976
Sachsen	-	774	1.419	7.520	9.339	9.990	10.946	9.841	11.196	15.218	14.722	14.980
Sachsen-Anhalt	-	450	540	1.986	2.466	3.274	4.294	3.693	4.902	4.264	6.321	6.542
Schleswig-Holstein	37.222	47.075	42.619	40.346	37.000	45.599	57.346	45.831	154.082	81.759	74.940	96.462
Thüringen	-	561	631	1.685	1.633	3.159	3.687	4.559	4.276	5.792	5.680	5.374
Summe	1.545.014	1.347.627	1.548.973	1.556.484	1.778.814	1.814.299	2.072.509	2.076.109	2.459.154	3.055.742	2.981.596	3.068.693

Tabelle 2

Anteile am kassenmäßigen Aufkommen der Erbschaftsteuer 1990 bis 2001 in v. H.

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Baden-Württemberg	17,3	18,2	13,7	16,5	17,2	17,2	16,8	15,0	15,6	15,2	16,9	13,9
Bayern	15,9	17,7	16,5	18,6	22,0	22,8	19,8	21,1	18,1	22,9	20,8	19,9
Berlin	4,2	5,7	5,2	5,1	6,1	4,6	4,8	6,6	6,5	5,5	5,2	6,7
Brandenburg	-	0,0	0,1	0,2	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Bremen	1,0	1,4	1,2	1,5	1,2	1,2	1,5	3,4	-0,7	1,0	0,8	1,1
Hamburg	4,5	5,4	4,2	4,6	3,4	3,3	4,7	4,8	7,7	6,6	6,1	4,7
Hessen	8,9	8,4	12,0	10,9	6,7	7,5	8,5	9,4	9,2	7,3	8,7	9,2
Mecklenburg-Vorp.	-	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Niedersachsen	7,1	5,9	6,5	7,3	7,3	7,7	8,8	7,0	6,7	6,8	7,9	7,2
Nordrhein-Westfalen	34,8	26,5	32,7	27,0	28,6	27,7	24,8	26,9	25,8	24,9	24,8	26,9
Rheinland-Pfalz	2,8	6,5	4,5	4,3	4,0	3,8	5,8	1,7	3,1	5,1	4,0	4,8
Saarland	0,9	0,7	0,5	0,6	0,5	0,3	0,5	0,6	0,7	0,9	1,0	1,1
Sachsen	-	0,1	0,1	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Sachsen-Anhalt	-	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
Schleswig-Holstein	2,4	3,5	2,8	2,6	2,1	2,5	2,8	2,2	6,3	2,7	2,5	3,1
Thüringen	-	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

51. Welche rechtlichen Änderungen mit Auswirkung auf das Erbschaftsteueraufkommen haben seit 1996 stattgefunden und wie hoch waren die finanziellen Auswirkungen?

Das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz wurde seit 1996 geändert durch Artikel 10 des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 402), Artikel 6 des Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen vom 14. Juli 2000 (BGBI. I S. 1034), Artikel 19 des Steuer-Euro-Glättungsgesetzes vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1790) und Artikel 16 des Steueränderungsgesetzes 2001 (BGBl. I S. 3794). Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Änderungen betrugen:

Gesetz/Maßnahme	Steuerart / Gebietskörperschaft	Finanzielle Auswirkungen im Entstehungsjahr in Mio. DM Steuermehr- (+)/ -mindereinnahmen (-)
Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 Erfassung von Vermögensübertragungen auf Trusts bei der Erbschaftsteuer § 3 Abs. 2 Nr.1, § 7 Abs. 1 Nr. 8 und 9 ErbStG	ErbStG Länder	+150
Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen Auswirkungen auf die ErbSt durch Anstieg des Stiftungsvolumens und Erweiterung des § 29 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG auf alle Stiftungen	ErbStG Länder	-655

Quelle: Finanzbericht 2000 und 2001

52. Inwieweit ergeben sich aus der Sicht der Bundesregierung im Rahmen der Erbschaftsteuer Belastungsunterschiede in Abhängigkeit von der Vermögensart und was hat die Bundesregierung unternommen, um diese Belastungsunterschiede abzubauen?

Der Gesetzgeber des Jahressteuergesetzes 1997 hat für die einzelnen Vermögensarten eine Belastungsentscheidung getroffen, die zu einer ausgewogenen Belastung der verschiedenen Vermögensarten unter Berücksichtigung sozial- und wirtschaftspolitischer Belange geführt hat. Dabei hat sich auf den Erbschaftsteuer-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni 1995 (BVerfGE 93 S. 165) gestützt.

53. Inwieweit ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen der Erbschaftsteuer Belastungsunterschiede in Abhängigkeit von dem Verwandtschaftsgrad bzw. der Verehelichung mit dem Erblasser bzw. der Erblasserin und wie beurteilt die Bundesregierung diese Unterschiede?

Neben dem Wert des Erwerbs entscheidet die Einteilung der Erwerber in die drei Steuerklassen (§ 15 ErbStG) über die jeweilige Belastung mit Erbschaftsteuer. Sie richtet sich nach dem bürgerlich-rechtlichen Abstammungs- und Verwandtschaftsverhältnis zum Erblasser (§§ 1589, 1590 BGB) sowie nach dem gesetzlichen Erbrecht der Ehegatten (§§ 1931 ff. BGB). Für Erwerber in der Steuerklasse I, dazu gehören insbesondere der Ehegatte und die Kinder, gel-

ten die höchsten Freibeträge und der günstigste Steuertarif. Weitere mit dem Erblasser verwandte oder verschwägerte Erwerber fallen in die Steuerklasse II. Zur Steuerklasse III mit den niedrigsten Freibeträgen und dem höchsten Steuertarif gehören die mit dem Erblasser nur entfernt oder nicht verwandten Erwerber. Damit trägt das Gesetz dem in Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes verbürgten besonderen Schutz von Ehe und Familie Rechnung (vgl. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni 1995, BVerfGE 93 S. 165).

54. Inwieweit wird nach Auffassung der Bundesregierung durch die gegenwärtige Erbschaftsbesteuerung der wachsenden Vermögenskonzentration entgegengewirkt?

Das Erbschaftsteueraufkommen betrug in den letzten drei Jahren jeweils rd. 6 Mrd. DM. Damit hat die Erbschaftsbesteuerung keine Auswirkung auf die Vermögensverteilung. Erbschaftsteuerliche Freibeträge gewährleisten eine günstigere Belastung kleiner und mittlerer Vermögen und dementsprechend eine stärkere Heranziehung größerer Vermögen, so dass im Ergebnis eine maßvolle Umverteilung von „oben nach unten“ eintritt.

Die Höhe und die Verteilung des Privatvermögens sind das Ergebnis einer langen Entwicklung. Die Soziale Marktwirtschaft mit dem Eckpfeiler sozialpflichtigen privaten Vermögens und mit erheblichen Realeinkommenszuwächsen ermöglichte breiten Schichten der westdeutschen Bevölkerung über die letzten fünf Jahrzehnte hinweg eine beachtliche Vermögensbildung. Die Verteilung des Privatvermögens in den alten Ländern ist trotz der gestiegenen Ungleichheit der Einkommen im langfristigen Trend tendenziell gleichmäßiger geworden. Dazu beigetragen hat insbesondere die gestiegene, staatlich geförderte Verbreitung von Immobilieneigentum. Profitiert haben davon gerade auch soziale Gruppen, deren Vermögensniveau unterdurchschnittlich war.

Die Ungleichheit der Vermögen hat zwar dank staatlicher Förderung im langfristigen Trend abgenommen, ist aber nach wie vor existent. Für die Bundesregierung ist eine nachhaltige, Wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik die Grundlage für eine dauerhafte positive Entwicklung der Einkommen und Vermögen breiter Schichten.

55. Für welches Jahr sollte entsprechend dem 1995 novellierten Steuerstatistikgesetz erstmalig seit 1978 wieder eine Erbschaftsteuerstatistik durchgeführt werden und für welches Jahr wird voraussichtlich die Erbschaftsteuerstatistik wieder durchgeführt werden?

Wann werden die ersten Ergebnisse der Erbschaftsteuerstatistik vorliegen?

Das 1995 novellierte Gesetz über Steuerstatistiken ordnet die Erhebung der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik alle fünf Jahre an, und zwar erstmals für 1997, soweit der Wert des Erwerbsvermögens durch automatisierte Verfahren ermittelt wird, danach ab 2002 in allen Ländern. Die Statistik konnte für 1997 nicht durchgeführt werden, weil es in der Finanzverwaltung noch keine automatisierten Verfahren zur Ermittlung der Erwerbe gab.

Zur Zeit arbeiten die Statistischen Ämter in Zusammenarbeit mit den Finanzverwaltungen der Länder an der Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Statistik über sämtliche Erwerbe (von Todes wegen und Schenkungen), für die im Jahr 2002 Erbschaft- oder Schenkungsteuer erstmalig festgesetzt worden ist. Mit den Statistischen Landesämtern wurde vereinbart, dass erste Ergebnisse im Statistischen Bundesamt ab Anfang des Jahres 2004 vorliegen.

56. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um die Erbschaftsteuerstatistik, wie ursprünglich mit der Änderung des Steuerstatistikgesetzes beabsichtigt, durchzuführen?

Siehe Antwort auf Frage 55.

57. Wurde von der Bundesregierung die in der Koalitionsvereinbarung beschlossene Sachverständigenkommission zur Schaffung der Grundlagen für eine wirtschafts- und steuerpolitisch sinnvolle Vermögensbesteuerung einberufen?

    Wenn ja, wer war Mitglied und zu welchen Ergebnissen gelangte die Sachverständigenkommission?

    Wenn nein, warum nicht?

Das BMF hat im Jahre 1999 eine Sachverständigenkommission eingesetzt, die sich mit der Bewertung des Grundbesitzes befassen und Vorschläge für ein einfaches Bewertungsverfahren ausarbeiten sollte. Die Kommission hat ihren Bericht im Mai 2000 vorgelegt.

Der Bericht kann über die Internetseite des BMF

www.bundesfinanzministerium.de/Steuern- und Zoelle/Sonstige

eingesehen werden.

H. Besteuerung und Entlastung von Ehe und Familie

58. Wie hoch war 1998 nach Abzug von Steuern und ggf. Hinzurechung von Kindergeld das Einkommen von Alleinerziehenden mit einem Kind, wenn das Bruttoeinkommen aus nichtselbständiger Arbeit 20 000, 40 000, 60 000, …, 120 000 DM betrug und für Aufwendungen zur Kinderbetreuung die Pauschale gemäß § 33c Abs. 4 Einkommensteuergesetz (EStG) in Anspruch genommen wurde (bei der Beantwortung bitte beachten, dass sich das Kindergeld/der Kinderfreibetrag wirtschaftlich in der Regel nur zur Hälfte auf das Einkommen auswirkt)?

Die Jahresnettoeinkommen beliefen sich in 1998 unter Berücksichtigung der in obiger Frage angeführten Vorgaben auf folgende Beträge (in Euro):

Jahresbeträge in Euro

Jahresbruttolohn	Einkommensteuer*	Solidaritätszuschlag	Kindergeld	Jahresnettolohn
1	2	3	4	5
10.000	0	0	675	10.675
20.000	2.045	85	675	18.545
30.000	5.080	248	675	25.347
40.000	8.488	432	675	31.755
50.000	11.714	644	0	37.642
60.000	16.161	889	0	42.950

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge.

** In den Fällen, in denen die Steuerersparnis durch den steuerlichen Kinderfreibetrag das Kindergeld übersteigt, ist das Kindergeld mit 0 Euro angesetzt worden.

59. Wie hoch wird in den Jahren 2002 und 2003 nach Abzug von Steuern und ggf. Hinzurechnung von Kindergeld das Einkommen von Alleinerziehenden mit einem Kind sein, wenn das Bruttoeinkommen aus nichtselbständiger Arbeit 20 000, 40 000, 60 000, …, 120 000 DM beträgt und die Voraussetzungen für die Gewährung von Kindergeld oder Kinderfreibeträgen erst zu Beginn des Jahres 2002 vorlagen (bei der Beantwortung bitte beachten, dass sich das Kindergeld/die Kinderfreibeträge wirtschaftlich in der Regel nur zur Hälfte auf das Einkommen auswirken)?

Die Jahresnettoeinkommen belaufen sich in den Jahren 2002 und 2003 unter Berücksichtigung der in obiger Frage angeführten Vorgaben auf folgende Beträge (in Euro):

Jahresbeträge in Euro

Jahresbruttolohn	2002				2003			
	Einkommensteuer*	Solidaritätszuschlag	Kindergeld**	Jahresnettolohn	Einkommensteuer	Solidaritätszuschlag	Kindergeld**	Jahresnettolohn
1	2	3	4	5	6	7	8	9
10.000	0	0	924	10.924	0	0	924	10.924
20.000	2.374	88	924	18.462	2.206	79	924	18.639
30.000	4.450	245	0	25.305	4.282	236	0	25.482
40.000	7.857	432	0	31.711	7.685	423	0	31.892
50.000	11.823	650	0	37.527	11.645	640	0	37.715
60.000	16.346	899	0	42.755	16.155	889	0	42.956

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge.

** In den Fällen, in denen die Steuerersparnis durch den steuerlichen Kinderfreibetrag das Kindergeld übersteigt, ist das Kindergeld mit 0 Euro angesetzt worden (einschl. Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf).

60. Welche Gründe haben die Bundesregierung gehindert, im Rahmen der Reform des Familienlasten- bzw. -leistungsausgleichs auch die von ihr ursprünglich beabsichtigte Reform der Ehebesteuerung (vgl. Koalitionsvereinbarung und Steuersenkungsgesetz 1999/2000 und 2002) vorzunehmen?

Vor Umsetzung der im Koalitionsvertrag und im Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 vorgesehenen Maßnahmen sollte die Ehegattenbesteuerung insgesamt überprüft werden. Einer intensiven Prüfung bedürfen neben den verfassungsrechtlichen Spielräumen insbesondere die finanziellen Wirkungen. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

61. Ab welchem Einkommen ist in 1998, 1999 und 2002 die Steuererstattung aufgrund der Kinderfreibeträge höher als das Kindergeld und wie hoch ist die Anzahl sowie der Anteil der Familien, die eine höhere Entlastung aufgrund der Freibeträge erhalten (Angaben bitte jeweils für Ledige und Verheiratete mit einem, zwei und drei Kindern)?

Einkommensgrenzen, ab denen die steuerliche Wirkung des Kinderfreibetrags höher als das Kindergeld ist:

Jahr	Familien-stand	Zahl der Kinder	Einkommensgrenze, ab der die steuerliche Entlastung[1)] höher als das Kindergeld ist in €	Familien, für die die steuerliche Entlastung[1)] höher als das Kindergeld[1)] ist	
				Anzahl	Anteil in v.H.
1998	ledig	1	38.086	46.800	4,9
		2	41.774	20.100	5,0
		3	68.665	1.500	2,0
	verheiratet	1	74.657	192.400	5,3
		2	78.191	198.400	5,8
		3	128.551	20.200	2,4
1999	ledig	1	46.992	30.400	3,0
		2	50.526	15.900	3,6
		3	68.665	1.900	2,3
	verheiratet	1	92.272	132.000	3,7
		2	95.806	140.400	4,1
		3	128.496	24.100	2,8
2002	ledig	1	27.720	226.500	21,0
		2	33.912	70.600	13,5
		3	39.708	8.200	8,0
	verheiratet	1	52.632	788.100	23,3
		2	58.464	652.200	19,3
		3	65.664	115.800	13,8

1) Kinderfreibetrag einschließlich Betreuungsfreibetrag bzw. Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf.

62. Wie hoch ist in 1998, 1999 und 2002 bei einem Einkommen von 20 000/40 000 bis 120 000/240 000 DM (Grundtabelle/Splittingtabelle) der Förderanteil im Kindergeld und welcher Anteil des Kindergeldes entfällt jeweils auf die Steuerfreiheit des Existenzminimums?

Die gewünschten Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

a) Besteuerung nach Grundtabelle (in Euro)

zu versteuerndes Einkommen	1998		1999		2002	
	Steuerfreistellung Existenzminimum	Förderung	Steuerfreistellung Existenzminimum	Förderung	Steuerfreistellung Existenzminimum	Förderung
10.000	939	411	867	667	611	1.237
20.000	1.066	284	1.078	456	1.587	261
30.000	1.192	158	1.217	317	1.911	0
40.000	1.387	0	1.388	146	2.247	0
50.000	1.597	0	1.597	0	2.556	0
60.000	1.807	0	1.807	0	2.809	0

b) Besteuerung nach Splittingtabelle (in Euro)

zu versteuerndes Einkommen	1998		1999		2002	
	Steuerfreistellung Existenzminimum	Förderung	Steuerfreistellung Existenzminimum	Förderung	Steuerfreistellung Existenzminimum	Förderung
20.000	950	400	948	586	1.222	626
40.000	1.076	274	1.090	444	1.644	204
60.000	1.202	148	1.228	306	1.970	0
80.000	1.406	0	1.408	126	2.294	0
100.000	1.616	0	1.616	0	2.586	0
120.000	1.824	0	1.826	0	2.794	0

Die Höhe des Förderanteils sagt nichts über die tatsächliche Entlastung für Familien aus. Er ergibt sich in Abhängigkeit der Einkommensteuer nach dem zu versteuernden Einkommen vor und nach dem Abzug des Kinderfreibetrags (2002 unter Einbeziehung des Betreuungs- und Erziehungsfreibetrags) und der Höhe des Kindergeldes. Die Relation dieser Faktoren hat sich in den letzten vier Jahren mehrfach verändert und wird dies bis 2005 weiter tun.

63. Wie hoch war in 1998 unter Berücksichtigung des Familienlastenausgleichs die einkommensteuerliche Belastung und wie hoch wird im Vergleich dazu in 2002 und 2005 die Gesamtentlastung (Entlastung durch Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs)

– eines kinderlosen Ehepaars,
– eines Ehepaars mit einem Kind,
– unverheirateter Eltern mit einem Kind

sein, wenn zum gemeinsamen Haushaltsbruttoeinkommen aus nichtselbständiger Arbeit von 50 000, 80 000, 100 000, 150 000, 200 000 und 250 000 DM im Verhältnis 100:0, 80:20, 70:30 und 60:40 beigetragen wird und der Haushaltsfreibetrag von dem Partner bzw. der Partnerin mit dem höheren Einkommen in Anspruch genommen wird?

Die Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs belaufen sich in den Jahren 2002 und 2005 unter Berücksichtigung der in obiger Frage angeführten Vorgaben jeweils gegenüber 1998 auf folgende Beträge (in Euro), und zwar bei

– einem kinderlosen Ehepaar (Übersicht 1)
– einem Ehepaar mit einem Kind (Übersicht 2)
– unverheirateten Eltern mit einem Kind (Übersicht 3):

Übersicht 1

Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1998 bei einem kinderlosen Ehepaar

Jahresbeträge in Euro

Arbeitnehmer	Anteil der beiden Ehegatten am Jahresbruttolohn (Sp. 2) im Verhältnis von															
	100 : 0				80 : 20				70 : 30				60 : 40			
	Jahresbruttolohn	ESt zzgl. SolZ*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt zzgl. SolZ*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt zzgl. SolZ*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt zzgl. SolZ*	Entlastung (-) gegenüber 1998	
	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Ehegatte A	25.000	.	.	.	20.000	.	.	.	17.500	.	.	.	15.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	5.000	.	.	.	7.500	.	.	.	10.000	.	.	.
insg.	25.000	1.680	-692	-1.074	25.000	1.412	-654	-992	25.000	1.412	-654	-992	25.000	1.412	-654	-992
Ehegatte A	40.000	.	.	.	32.000	.	.	.	28.000	.	.	.	24.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	8.000	.	.	.	12.000	.	.	.	16.000	.	.	.
insg.	40.000	6.546	-1.246	-1.976	40.000	6.216	-1.207	-1.933	40.000	6.216	-1.207	-1.933	40.000	6.216	-1.207	-1.933
Ehegatte A	50.000	.	.	.	40.000	.	.	.	35.000	.	.	.	30.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	10.000	.	.	.	15.000	.	.	.	20.000	.	.	.
insg.	50.000	9.789	-1.429	-2.343	50.000	9.440	-1.424	-2.304	50.000	9.440	-1.424	-2.304	50.000	9.440	-1.424	-2.304
Ehegatte A	75.000	.	.	.	60.000	.	.	.	52.500	.	.	.	45.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	15.000	.	.	.	22.500	.	.	.	30.000	.	.	.
insg.	75.000	18.792	-1.509	-3.098	75.000	18.381	-1.493	-3.062	75.000	18.381	-1.493	-3.062	75.000	18.381	-1.493	-3.062
Ehegatte A	100.000	.	.	.	80.000	.	.	.	70.000	.	.	.	60.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	20.000	.	.	.	30.000	.	.	.	40.000	.	.	.
insg.	100.000	29.589	-1.547	-4.140	100.000	29.122	-1.551	-4.110	100.000	29.122	-1.551	-4.110	100.000	29.122	-1.551	-4.110
Ehegatte A	125.000	.	.	.	100.000	.	.	.	87.500	.	.	.	75.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	25.000	.	.	.	37.500	.	.	.	50.000	.	.	.
insg.	125.000	42.370	-1.843	-5.949	125.000	41.824	-1.850	-5.867	125.000	41.824	-1.850	-5.867	125.000	41.824	-1.850	-5.867

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge

Übersicht 2

Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1998 bei einem Ehepaar mit einem Kind

Jahresbeträge in Euro

Arbeitnehmer	Anteil der beiden Ehegatten am Jahresbruttolohn (Sp. 2) im Verhältnis von															
	100 : 0				80 : 20				70 : 30				60 : 40			
	Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998	
	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Ehegatte A	25.000	.	.	.	20.000	.	.	.	17.500	.	.	.	15.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	5.000	.	.	.	7.500	.	.	.	10.000	.	.	.
insg.	25.000	330	-1.190	-1.572	25.000	62	-1.152	-1.490	25.000	62	-1.152	-1.490	25.000	62	-1.152	-1.490
Ehegatte A	40.000	.	.	.	32.000	.	.	.	28.000	.	.	.	24.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	8.000	.	.	.	12.000	.	.	.	16.000	.	.	.
insg.	40.000	5.139	-1.773	-2.498	40.000	4.809	-1.733	-2.467	40.000	4.809	-1.733	-2.467	40.000	4.809	-1.733	-2.467
Ehegatte A	50.000	.	.	.	40.000	.	.	.	35.000	.	.	.	30.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	10.000	.	.	.	15.000	.	.	.	20.000	.	.	.
insg.	50.000	8.378	-1.961	-2.868	50.000	8.030	-1.955	-2.830	50.000	8.030	-1.955	-2.830	50.000	8.030	-1.955	-2.830
Ehegatte A	75.000	.	.	.	60.000	.	.	.	52.500	.	.	.	45.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	15.000	.	.	.	22.500	.	.	.	30.000	.	.	.
insg.	75.000	17.370	-2.307	-3.727	75.000	16.960	-2.302	-3.675	75.000	16.960	-2.302	-3.675	75.000	16.960	-2.302	-3.675
Ehegatte A	100.000	.	.	.	80.000	.	.	.	70.000	.	.	.	60.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	20.000	.	.	.	30.000	.	.	.	40.000	.	.	.
insg.	100.000	27.942	-2.544	-4.894	100.000	27.485	-2.570	-4.859	100.000	27.485	-2.570	-4.859	100.000	27.485	-2.570	-4.859
Ehegatte A	125.000	.	.	.	100.000	.	.	.	87.500	.	.	.	75.000	.	.	.
Ehegatte B	0	.	.	.	25.000	.	.	.	37.500	.	.	.	50.000	.	.	.
insg.	125.000	40.446	-2.903	-6.599	125.000	39.911	-2.921	-6.527	125.000	39.911	-2.921	-6.527	125.000	39.911	-2.921	-6.527

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge

Übersicht 3

Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1998 bei unverheirateten Eltern mit einem Kind

Jahresbeträge in Euro

Ar-beit-neh-mer	Anteil der beiden Elternteile am Jahresbruttolohn (Sp. 2) im Verhältnis von															
	100 : 0				80 : 20				70 : 30				60 : 40			
	Jahres-brutto-lohn	ESt + SolZ - ggf. Kin-dergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-brutto-lohn	ESt + SolZ - ggf. Kin-dergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-brutto-lohn	ESt + SolZ - ggf. Kin-dergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-brutto-lohn	ESt + SolZ - ggf. Kin-dergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998	
	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Elternteil A	25.000	3.087	-763	-487	20.000	1.531	-696	-360	17.500	656	-529	-248	15.000	-80	-441	-157
Elternteil B	0	0	0	0	5.000	0	0	0	7.500	0	0	0	10.000	165	-165	-165
insg.	25.000	3.087	-763	-487	25.000	1.531	-696	-360	25.000	656	-529	-248	25.000	85	-606	-322
Elternteil A	40.000	8.341	-944	-825	32.000	5.421	-839	-627	28.000	4.070	-815	-560	24.000	2.770	-748	-465
Elternteil B	0	0	0	0	8.000	0	0	0	12.000	588	-306	-454	16.000	1.699	-498	-788
insg.	40.000	8.341	-944	-825	40.000	5.421	-839	-627	40.000	4.658	-1.121	-1.014	40.000	4.469	-1.246	-1.253
Elternteil A	50.000	12.454	-1.011	-1.141	40.000	8.341	-944	-825	35.000	6.482	-887	-684	30.000	4.738	-826	-596
Elternteil B	0	0	0	0	10.000	165	-165	-165	15.000	1.377	-423	-690	20.000	3.088	-626	-993
insg.	50.000	12.454	-1.011	-1.141	50.000	8.506	-1.109	-990	50.000	7.859	-1.310	-1.374	50.000	7.826	-1.452	-1.589
Elternteil A	75.000	25.300	-1.592	-3.069	60.000	17.174	-1.097	-1.590	52.500	13.579	-1.041	-1.242	45.000	10.337	-992	-983
Elternteil B	0	0	0	0	15.000	1.377	-423	-690	22.500	3.877	-673	-1.079	30.000	6.403	-773	-1.337
insg.	75.000	25.300	-1.592	-3.069	75.000	18.551	-1.520	-2.280	75.000	17.456	-1.714	-2.321	75.000	16.740	-1.765	-2.320
Elternteil A	100.000	39.272	-2.762	-5.964	80.000	28.095	-1.827	-3.649	70.000	22.506	-1.359	-2.491	60.000	17.174	-1.097	-1.590
Elternteil B	0	0	0	0	20.000	3.088	-626	-993	30.000	6.403	-773	-1.337	40.000	10.153	-766	-1.639
insg.	100.000	39.272	-2.762	-5.964	100.000	31.183	-2.453	-4.642	100.000	28.909	-2.132	-3.828	100.000	27.327	-1.863	-3.229
Elternteil A	125.000	53.259	-3.965	-8.873	100.000	39.272	-2.762	-5.964	87.500	32.294	-2.194	-4.524	75.000	25.300	-1.592	-3.069
Elternteil B	0	0	0	0	25.000	4.698	-725	-1.174	37.500	9.166	-779	-1.560	50.000	14.518	-801	-2.074
insg.	125.000	53.259	-3.965	-8.873	125.000	43.970	-3.487	-7.138	125.000	41.460	-2.973	-6.084	125.000	39.818	-2.393	-5.143

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge

64. Wie ändert sich die in Antwort auf Frage 63 zu benennende Gesamtentlastung unverheirateter Eltern, wenn 1998 Aufwendungen für Kinderbetreuung in Höhe von 1 000, 2 000 und 3 000 DM steuerlich berücksichtigt wurden?

Die Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs belaufen sich in den Jahren 2002 und 2005 unter Berücksichtigung der in obiger Frage angeführten Vorgaben jeweils gegenüber 1998 auf folgende Beträge (in Euro), und zwar bei im Jahre 1998 steuerlich berücksichtigten

- Kinderbetreuungskosten von 511 Euro = 1 000 DM (Übersicht 1)
- Kinderbetreuungskosten von 1 023 Euro = 2 000 DM (Übersicht 2)
- Kinderbetreuungskosten von 1 534 Euro = 3 000 DM (Übersicht 3)

Übersicht 1

Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1998 bei unverheirateten Eltern mit einem Kind und im Jahre 1998 steuerlich berücksichtigten Kinderbetreuungskosten von 511 Euro = 1 000 DM

Jahresbeträge in Euro

Arbeitnehmer	Anteil der beiden Elternteile am Jahresbruttolohn (Sp. 2) im Verhältnis von															
	100 : 0				80 : 20				70 : 30				60 : 40			
	Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998	
	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Elternteil A	25.000	2.919	-736	-454	20.000	1.372	-621	-295	17.500	519	-454	-168	15.000	-219	-302	-21
Elternteil B	0	0	0	0	5.000	0	0	0	7.500	0	0	0	10.000	165	-165	-165
insg.	25.000	2.919	-736	-454	25.000	1.372	-621	-295	25.000	519	-454	-168	25.000	-54	-467	-186
Elternteil A	40.000	8.149	-1.034	-899	32.000	5.249	-888	-674	28.000	3.896	-814	-554	24.000	2.604	-710	-423
Elternteil B	0	0	0	0	8.000	0	0	0	12.000	588	-306	-454	16.000	1.699	-498	-788
insg.	40.000	8.149	-1.034	-899	40.000	5.249	-888	-674	40.000	4.484	-1.120	-1.008	40.000	4.303	-1.208	-1.211
Elternteil A	50.000	12.237	-1.122	-1.226	40.000	8.149	-1.034	-899	35.000	6.305	-970	-757	30.000	4.569	-859	-620
Elternteil B	0	0	0	0	10.000	165	-165	-165	15.000	1.377	-423	-690	20.000	3.088	-626	-993
insg.	50.000	12.237	-1.122	-1.226	50.000	8.314	-1.199	-1.064	50.000	7.682	-1.393	-1.447	50.000	7.657	-1.485	-1.613
Elternteil A	75.000	25.007	-1.686	-3.108	60.000	16.912	-1.206	-1.660	52.500	13.340	-1.140	-1.313	45.000	10.134	-1.093	-1.064
Elternteil B	0	0	0	0	15.000	1.377	-423	-690	22.500	3.877	-673	-1.079	30.000	6.403	-773	-1.337
insg.	75.000	25.007	-1.686	-3.108	75.000	18.289	-1.629	-2.350	75.000	17.217	-1.813	-2.392	75.000	16.537	-1.866	-2.401
Elternteil A	100.000	38.994	-2.871	-6.018	80.000	27.801	-1.920	-3.687	70.000	22.212	-1.451	-2.529	60.000	16.912	-1.206	-1.660
Elternteil B	0	0	0	0	20.000	3.088	-626	-993	30.000	6.403	-773	-1.337	40.000	10.153	-766	-1.639
insg.	100.000	38.994	-2.871	-6.018	100.000	30.889	-2.546	-4.680	100.000	28.615	-2.224	-3.866	100.000	27.065	-1.972	-3.299
Elternteil A	125.000	52.965	-4.058	-8.911	100.000	38.994	-2.871	-6.018	87.500	32.000	-2.268	-4.563	75.000	25.007	-1.686	-3.108
Elternteil B	0	0	0	0	25.000	4.698	-725	-1.174	37.500	9.166	-779	-1.560	50.000	14.518	-801	-2.074
insg.	125.000	52.965	-4.058	-8.911	125.000	43.692	-3.596	-7.192	125.000	41.166	-3.047	-6.123	125.000	39.525	-2.487	-5.182

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge

Übersicht 2

Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1998 bei unverheirateten Eltern mit einem Kind und im Jahre 1998 steuerlich berücksichtigten Kinderbetreuungskosten von 1.023 Euro = 2 000 DM

Jahresbeträge in Euro

Arbeitnehmer	Anteil der beiden Elternteile am Jahresbruttolohn (Sp. 2) im Verhältnis von															
	100 : 0				80 : 20				70 : 30				60 : 40			
	Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahres-bruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) bzw. Mehrbelastung gegenüber 1998	
	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Elternteil A	25.000	2.762	-665	-383	20.000	1.223	-592	-280	17.500	375	-432	-149	15.000	-351	-283	3
Elternteil B	0	0	0	0	5.000	0	0	0	7.500	0	0	0	10.000	165	-165	-165
insg.	25.000	2.762	-665	-383	25.000	1.223	-592	-280	25.000	375	-432	-149	25.000	-186	-448	-162
Elternteil A	40.000	7.948	-833	-698	32.000	5.068	-733	-521	28.000	3.732	-718	-453	24.000	2.448	-649	-359
Elternteil B	0	0	0	0	8.000	0	0	0	12.000	588	-306	-454	16.000	1.699	-498	-788
insg.	40.000	7.948	-833	-698	40.000	5.068	-733	-521	40.000	4:320	-1.024	-907	40.000	4.147	-1.147	-1.147
Elternteil A	50.000	12.009	-894	-998	40.000	7.948	-833	-698	35.000	6.117	-782	-569	30.000	4.393	-730	-490
Elternteil B	0	0	0	0	10.000	165	-165	-165	15.000	1.377	-423	-690	20.000	3.088	-626	-993
insg.	50.000	12.009	-894	-998	50.000	8.113	-998	-863	50.000	7.494	-1.205	-1.259	50.000	7.481	-1.356	-1.483
Elternteil A	75.000	24.729	-1.408	-2.830	60.000	16.665	-959	-1.413	52.500	13.117	-917	-1.090	45.000	9.923	-882	-853
Elternteil B	0	0	0	0	15.000	1.377	-423	-690	22.500	3.877	-673	-1.079	30.000	6.403	-773	-1.337
insg.	75.000	24.729	-1.408	-2.830	75.000	18.042	-1.382	-2.103	75.000	16.994	-1.590	-2.169	75.000	16.326	-1.655	-2.190
Elternteil A	100.000	38.701	-2.578	-5.725	80.000	27.524	-1.643	-3.410	70.000	21.935	-1.174	-2.252	60.000	16.665	-959	-1.413
Elternteil B	0	0	0	0	20.000	3.088	-626	-993	30.000	6.403	-773	-1.337	40.000	10.153	-766	-1.639
insg.	100.000	38.701	-2.578	-5.725	100.000	30.612	-2.269	-4.403	100.000	28.338	-1.947	-3.589	100.000	26.818	-1.725	-3.052
Elternteil A	125.000	52.687	-3.780	-8.633	100.000	38.701	-2.578	-5.725	87.500	31.723	-1.991	-4.286	75.000	24.729	-1.408	-2.830
Elternteil B	0	0	0	0	25.000	4.698	-725	-1.174	37.500	9.166	-779	-1.560	50.000	14.518	-801	-2.074
insg.	125.000	52.687	-3.780	-8.633	125.000	43.399	-3.303	-6.899	125.000	40.889	-2.770	-5.846	125.000	39.247	-2.209	-4.904

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge

Übersicht 3

Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1998 bei unverheirateten Eltern mit einem Kind und im Jahre 1998 steuerlich berücksichtigten Kinderbetreuungskosten von 1.534 Euro = 3 000 DM

Jahresbeträge in Euro

Arbeitnehmer	Anteil der beiden Elternteile am Jahresbruttolohn (Sp. 2) im Verhältnis von															
	100 : 0				80 : 20				70 : 30				60 : 40			
	Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		Jahresbruttolohn	ESt + SolZ - ggf. Kindergeld*	Entlastung (-) bzw. Mehrbelastung gegenüber 1998	
	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005	1998	1998	2002	2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Elternteil A	25.000	2.595	-498	-216	20.000	1.052	-421	-109	17.500	240	-297	-16	15.000	-488	-201	94
Elternteil B	0	0	0	0	5.000	0	0	0	7.500	0	0	0	10.000	165	-165	-165
insg.	25.000	2.595	-498	-216	25.000	1.052	-421	-109	25.000	240	-297	-16	25.000	-323	-366	-71
Elternteil A	40.000	7.759	-644	-509	32.000	4.898	-563	-351	28.000	3.561	-547	-282	24.000	2.284	-485	-195
Elternteil B	0	0	0	0	8.000	0	0	0	12.000	588	-306	-454	16.000	1.699	-498	-788
insg.	40.000	7.759	-644	-509	40.000	4.898	-563	-351	40.000	4.149	-853	-736	40.000	3.983	-983	-983
Elternteil A	50.000	11.794	-679	-783	40.000	7.759	-644	-509	35.000	5.942	-607	-394	30.000	4.217	-554	-314
Elternteil B	0	0	0	0	10.000	165	-165	-165	15.000	1.377	-423	-690	20.000	3.088	-626	-993
insg.	50.000	11.794	-679	-783	50.000	7.924	-809	-674	50.000	7.319	-1.030	-1.084	50.000	7.305	-1.180	-1.307
Elternteil A	75.000	24.436	-1.115	-2.537	60.000	16.405	-699	-1.153	52.500	12.883	-683	-856	45.000	9.724	-683	-654
Elternteil B	0	0	0	0	15.000	1.377	-423	-690	22.500	3.877	-673	-1.079	30.000	6.403	-773	-1.337
insg.	75.000	24.436	-1.115	-2.537	75.000	17.782	-1.122	-1.843	75.000	16.760	-1.356	-1.935	75.000	16.127	-1.456	-1.991
Elternteil A	100.000	38.422	-2.299	-5.446	80.000	27.231	-1.350	-3.117	70.000	21.643	-882	-1.960	60.000	16.405	-699	-1.153
Elternteil B	0	0	0	0	20.000	3.088	-626	-993	30.000	6.403	-773	-1.337	40.000	10.153	-766	-1.639
insg.	100.000	38.422	-2.299	-5.446	100.000	30.319	-1.976	-4.110	100.000	28.046	-1.655	-3.297	100.000	26.558	-1.465	-2.792
Elternteil A	125.000	52.394	-3.487	-8.340	100.000	38.422	-2.299	-5.446	87.500	31.430	-1.698	-3.993	75.000	24.436	-1.115	-2.537
Elternteil B	0	0	0	0	25.000	4.698	-725	-1.174	37.500	9.166	-779	-1.560	50.000	14.518	-801	-2.074
insg.	125.000	52.394	-3.487	-8.340	125.000	43.120	-3.024	-6.620	125.000	40.596	-2.477	-5.553	125.000	38.954	-1.916	-4.611

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge

65. Wie hoch ist in 2002 und 2005 gegenüber 1998 die Gesamtentlastung (Entlastung durch Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs) von Alleinerziehenden mit einem Haushaltsbruttoeinkommen aus nichtselbständiger Arbeit von 20 000, 40 000, 60 000 … 120 000 DM, wenn 1998 Kinderbetreuungskosten in Höhe der Pauschale sowie von 1 000 und 2 000 DM berücksichtigt wurden (bei der Beantwortung bitte berücksichtigen, dass sich Kindergeld und Kinderfreibeträge wirtschaftlich in der Regel nur zur Hälfte auf das Einkommen auswirken)?

Die Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs belaufen sich in den Jahren 2002 und 2005 unter Berücksichtigung der in obiger Frage angeführten Vorgaben jeweils gegenüber 1998 auf folgende Beträge (in Euro):

Entlastungen durch die Reform des Einkommensteuertarifs und Familienleistungsausgleichs in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1998 bei Alleinerziehenden mit einem Kind und im Jahre 1998 steuerlich berücksichtigten Kinderbetreuungskosten in Höhe der Pauschale von 245 Euro = 480 DM

Jahresbeträge in Euro

Jahres-brutto-lohn	steuerlich abziehbare Kinderbetreuungs-kosten (1998): 245 € = 480 DM			steuerlich abziehbare Kinderbetreuungs-kosten (1998): 511 € = 1.000 DM			steuerlich abziehbare Kinderbetreuungs-kosten (1998): 1.023 € = 2.000 DM		
	ESt + SolZ - ggf. Kin-dergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		ESt + SolZ - ggf. Kin-dergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998		ESt + SolZ - ggf. Kin-dergeld*	Entlastung (-) gegenüber 1998	
1998	1998	2002	2005	1998	2002	2005	1998	2002	2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
10.000	-675	-249	-249	-675	-249	-249	-675	-249	-249
20.000	1.455	-620	-284	1.372	-621	-295	1.223	-592	-280
30.000	4.653	-741	-511	4.569	-859	-620	4.393	-730	-490
40.000	8.245	-848	-729	8.149	-1.034	-899	7.948	-833	-698
50.000	12.358	-915	-1.045	12.237	-1.122	-1.226	12.009	-894	-998
60.000	17.050	-973	-1.466	16.912	-1.206	-1.660	16.665	-959	-1.413

* Nach Veranlagungsverfahren unter Berücksichtigung der für Arbeitnehmer üblichen steuerlichen Frei- und Pauschbeträge

I. Verteilungswirkungen aus den so genannten Ökosteuern

66. Wie hoch war bzw. ist in den einzelnen Jahren von 1999 bis 2002 das Aufkommen aus der ökologischen Steuerreform (Einführung der Stromsteuer, Erhöhung der Mineralölsteuersätze) und wie hoch war bzw. ist der auf die privaten Haushalte entfallende Anteil am Aufkommen?

Das rechnerische Aufkommen aus der ökologischen Steuerreform beträgt 4,3 Mrd. Euro in 1999, 8,8 Mrd. Euro in 2000 und 11,8 Mrd. Euro in 2001. Für das Jahr 2002 wird ein geschätztes Aufkommen von 14,3 Mrd. Euro erwartet. Auf die privaten Haushalte entfallen nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung knapp 60 % des Aufkommens.

67. In welcher Höhe ergaben bzw. ergeben sich aufgrund der Steuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der sog. ökologischen Steuerreform in den einzelnen Jahren von 1999 bis 2002 steuerliche Mindereinnahmen?

Die Bundesregierung schätzt die Einnahmeausfälle durch die den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der ökologischen Steuerreform gewährten Steuerbegünstigungen auf 1,4 Mrd. Euro in 1999, auf 2,7 Mrd. Euro in 2000, auf 3,1 Mrd. Euro in 2001 und auf 3,6 Mrd. Euro in 2002.

68. In welcher Höhe waren bzw. sind die in Frage 67 genannten Unternehmen in den einzelnen Jahren von 1999 bis 2002 am Aufkommen aus der sog. ökologischen Steuerreform beteiligt?

Die Beteiligung der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft am Aufkommen aus der ökologischen Steuerreform wird auf Grundlage von Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung auf 0,5 Mrd. Euro in 1999, auf 1,1 Mrd. Euro in 2000, auf 1,3 Mrd. Euro in 2001 und auf 1,6 Mrd. Euro in 2002 geschätzt. Dabei ist bereits berücksichtigt, dass Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft ein Teil der Mineralölsteuer auf Dieselkraftstoff wieder vergütet wird (Agrardiesel).

69. In welcher Höhe waren bzw. sind die in Frage 67 genannten Unternehmen in den einzelnen Jahren von 1999 bis 2002 an den Entlastungen aufgrund der Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung beteiligt?

Die Ökosteuerreform führte zu einer Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung in den einzelnen Jahren in folgender Höhe: 1999: 0,6 Prozentpunkte, 2000: 1,0 Prozentpunkte, 2001: 1,3 Prozentpunkte, 2002: 1,5 Prozentpunkte.

Laut dem Hauptbericht 2000 des Statistischen Bundesamts vom September 2001 betrugen die Bruttolöhne und -gehälter (BLG) im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 1999 15,6 Mrd. DM (8 Mrd. Euro, hier und im Folgenden Umrechnung durch Bundesarbeitsministerium) und 2000 15,73 Mrd. DM (8 Mrd. Euro). Die BLG betrug im produzierenden Gewerbe 1999 608,01 Mrd. DM (311 Mrd. Euro) und 2000 620,01 Mrd. DM (317 Mrd. Euro). Die BLG können grob als Bemessungsgrundlage für die Beiträge zur Rentenversicherung angesehen werden bis auf den Teil der BLG, der oberhalb der Bemessungsgrenze liegt. Schätzungsweise werden rund 86 % der BLG von der Beitragspflicht erfasst. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass nur die Hälfte

der Beiträge Arbeitgeberbeiträge sind. Demnach ergeben sich folgende Entlastungswirkungen:

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei:

1999: 40 Mio. DM (20 Mio. Euro)

2000: 68 Mio. DM (35 Mio. Euro)

Für 2001 und 2002 ergäben sich unter Beibehaltung der BLG von 2000:

2001: 88 Mio. DM (45 Mio. Euro)

Die BLG lag 2001 um 2 % über dem Wert von 2000. Legt man dies zugrunde, dann ergeben sich etwa 90 Mio. DM (46 Mio. Euro).

2002: 101 Mio. DM (52 Mio. Euro)

Nach Schätzung der Bundesregierung (Jahreswirtschaftsbericht 2002) liegt die BLG 2002 um rd. 4,4 % höher als 2000. Somit ergeben sich 106 Mio. DM (54 Mio. Euro).

Produzierendes Gewerbe:

1999: 1,6 Mrd. DM (0,8 Mrd. Euro)

2000: 2,7 Mrd. DM (1,4 Mrd. Euro)

Für 2001 und 2002 ergäbe sich unter Beibehaltung der BLG von 2000:

2001: 3,5 Mrd. DM (1,8 Mrd. Euro)

2002: 4,0 Mrd. DM (2,0 Mrd. Euro)

Unter Berücksichtigung der Zunahme der BLG 2001 und 2002 ergeben sich für 2001 3,5 Mrd. DM (1,8 Mrd. Euro) und für 2002 4,2 Mrd. DM (2,1 Mrd. Euro).

70. Wie hoch wird voraussichtlich 2002 der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung sein?

Der Beitragssatz zur Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten beträgt im Jahr 2002 19,1 %.

71. Wie hoch ist voraussichtlich in 2002 die Mehrbelastung aus der sog. ökologischen Steuerreform von Haushalten mit Einkünften aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit in Höhe von monatlich 5 000 DM (Angaben bitte gesondert für Haushalte mit einem, zwei und drei Kindern sowie Alleinerziehenden)?

Durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr ist die monatliche Mehrbelastung durch die Ökosteuer relativ gering. Weitergehende Maßnahmen im Einkommensteuerrecht und die kindbezogene Entlastung durch die Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs führen insbesondere bei Familien mit Kindern zu einer Entlastung.

Die Mehrbelastung verschiedener Haushalte mit Einkünften aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit in Höhe von monatlich. 5 000 DM durch die 4. Stufe der ökologischen Steuerreform zum 1. Januar 2002 beträgt:

– für einen Haushalt mit einem Kind: 4,20 Euro,
– für einen Haushalt mit zwei Kindern: 4,24 Euro,
– für einen Haushalt mit drei Kindern: 4,29 Euro,
– für einen Haushalt als Alleinerziehende: 4,11 Euro.

Näheres ergibt sich aus den Fallbeispielen.

Auswirkungen der Ökologischen Steuerreform und der Senkung der Einkommensteuer auf einen Haushalt mit mtl. 5 000 DM Einkommen (Familienstand: Alleinerziehend)

	1999	2000	2001	2002	2003
I. Erste Stufe ab 1. 4. 1999					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Heizöl (Erhöhung um 4 Pf/Liter) oder	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Erdgas[1)] (Erhöhung um 0,32 Pf/kWh)	4,26	4,26	4,26	4,26	4,26
c) Benzin[2)] (Erhöhung um 6 Pf/Liter)	6,38	6,38	6,38	6,38	6,38
d) Strom[3)] (Besteuerung mit 2 Pf/kWh)	6,65	6,65	6,65	6,65	6,65
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**17,28**	**17,28**	**17,28**	**17,28**	**17,28**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4)] auf o. a. Energiebelastung (DM)	2,76	2,76	2,76	2,76	2,76
II. Weitere Stufen ab 1. 1. 2000					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Benzin[2)] (jährliche Erhöhung um 6 Pf/l)	–	6,38	12,75	19,13	25,50
b) Strom[3)] (jährl. Erhöhung um 0,5 Pf/kWh)	–	1,66	3,33	4,99	6,65
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**–**	**8,04**	**16,08**	**24,11**	**32,15**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4)] auf o. a. Energiebelastung (DM)		1,29	2,57	3,86	5,14
III. Monatliche Mehrbelastung aller Stufen: (ohne Umsatzsteuer) in DM	**17,28**	**25,32**	**33,36**	**41,39**	**49,43**
IV. Monatliche Entlastung durch Senkung der RV-Beiträge (1.+2. Stufe zusammen)[5)]	**- 20,00**	**- 25,00**	**- 30,00**	**- 30,00**	**- 30,00**
V. Per Saldo: Mehrbelastung/Entl.(-) in DM	**- 2,72**	**0,32**	**3,36**	**11,39**	**19,43**
VI. Mehrbelastung/Entlastung (-) per Saldo gegenüber Vorjahr – in DM	**–**	**3,04**	**3,04**	**8,04**	**8,04**
– in Euro	**–**	**1,55**	**1,55**	**4,11**	**4,11**

Anmerkungen:

1) Bei einem Verbrauch von 15 960 kWh jährlich.

2) Bei 15 000 km Jahresfahrleistung und einem Verbrauch von 8,5 Liter/100 km.

3) Bei einem Verbrauch von 3 990 kWh jährlich.

4) Der nachrichtlich ausgewiesenen Umsatzsteuermehrbelastung auf die angehobene Mineralöl-/Stromsteuer steht im Regelfall eine gleich hohe Umsatzsteuerersparnis gegenüber: Das für die höhere Ökosteuer einzusetzende verfügbare Einkommen kann nicht mehr anderweitig umsatzsteuerwirksam ausgegeben werden.

5) Es wird von folgenden Senkungen der RV-Beiträge ausgegangen: 1998 = 20,3 v. H.; ab 1. 4. 1999 = 19,5 v. H.; 2000 = 19,3 v. H.; 2001 = 19,1 v. H.; 2002 = 19,1 v. H.; 2003 = 19,1 v. H. (lt. RV-Bericht 2001). Von den jeweiligen Senkungen der RV-Beträge profitieren die Arbeitnehmer je zur Hälfte.

Auswirkungen der Ökologischen Steuerreform und der Senkung der Einkommensteuer auf einen Haushalt mit mtl. 5 000 DM Einkommen (Familienstand: verh., 1 Kind)

	1999	2000	2001	2002	2003
I. Erste Stufe ab 1. 4. 1999					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Heizöl (Erhöhung um 4 Pf/Liter) oder	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Erdgas[1] (Erhöhung um 0,32 Pf/kWh)	4,70	4,70	4,70	4,70	4,70
c) Benzin[2] (Erhöhung um 6 Pf/Liter)	6,38	6,38	6,38	6,38	6,38
d) Strom[3] (Besteuerung mit 2 Pf/kWh)	7,35	7,35	7,35	7,35	7,35
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**18,43**	**18,43**	**18,43**	**18,43**	**18,43**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4] auf o. a. Energiebelastung (DM)	2,95	2,95	2,95	2,95	2,95
II. Weitere Stufen ab 1. 1. 2000					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Benzin[2] (jährliche Erhöhung um 6 Pf/l)	–	6,38	12,75	19,13	25,50
b) Strom[3] (jährl. Erhöhung um 0,5 Pf/kWh)	–	1,84	3,68	5,51	7,35
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**–**	**8,21**	**16,43**	**24,64**	**32,85**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4] auf o. a. Energiebelastung (DM)		1,31	2,63	3,94	5,26
III. Monatliche Mehrbelastung aller Stufen: (ohne Umsatzsteuer) in DM	**18,43**	**26,64**	**34,85**	**43,07**	**51,28**
IV. Monatliche Entlastung durch Senkung der RV-Beiträge (1.+2. Stufe zusammen)[5]	**- 20,00**	**- 25,00**	**- 30,00**	**- 30,00**	**- 30,00**
V. Per Saldo: Mehrbelastung/Entl.(-) in DM	**- 1,57**	**1,64**	**4,85**	**13,07**	**21,28**
VI. Mehrbelastung/Entlastung (-) per Saldo gegenüber Vorjahr – in DM	**–**	**3,21**	**3,21**	**8,21**	**8,21**
– in Euro	**–**	**1,64**	**1,64**	**4,20**	**4,20**

Anmerkungen:

1) Bei einem Verbrauch von 17 640 kWh jährlich.

2) Bei 15 000 km Jahresfahrleistung und einem Verbrauch von 8,5 Liter/100 km.

3) Bei einem Verbrauch von 4 410 kWh jährlich.

4) Der nachrichtlich ausgewiesenen Umsatzsteuermehrbelastung auf die angehobene Mineralöl-/Stromsteuer steht im Regelfall eine gleich hohe Umsatzsteuerersparnis gegenüber: Das für die höhere Ökosteuer einzusetzende verfügbare Einkommen kann nicht mehr anderweitig umsatzsteuerwirksam ausgegeben werden.

5) Es wird von folgenden Senkungen der RV-Beiträge ausgegangen: 1998 = 20,3 v. H.; ab 1. 4. 1999 = 19,5 v. H.; 2000 = 19,3 v. H.; 2001 = 19,1 v. H.; 2002 = 19,1 v. H.; 2003 = 19,1 v. H. (lt. RV-Bericht 2001). Von den jeweiligen Senkungen der RV-Beiträge profitieren die Arbeitnehmer je zur Hälfte.

Auswirkungen der Ökologischen Steuerreform und der Senkung der Einkommensteuer auf einen Haushalt mit mtl. 5 000 DM Einkommen (Familienstand: verh., 2 Kinder)

	1999	2000	2001	2002	2003
I. Erste Stufe ab 1. 4. 1999					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Heizöl (Erhöhung um 4 Pf/Liter) oder	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Erdgas[1] (Erhöhung um 0,32 Pf/kWh)	4,93	4,93	4,93	4,93	4,93
c) Benzin[2] (Erhöhung um 6 Pf/Liter)	6,38	6,38	6,38	6,38	6,38
d) Strom[3] (Besteuerung mit 2 Pf/kWh)	7,70	7,70	7,70	7,70	7,70
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**19,00**	**19,00**	**19,00**	**19,00**	**19,00**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4] auf o. a. Energiebelastung (DM)	3,04	3,04	3,04	3,04	3,04
II. Weitere Stufen ab 1. 1. 2000					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Benzin[2] (jährliche Erhöhung um 6 Pf/l)	–	6,38	12,75	19,13	25,50
b) Strom[3] (jährl. Erhöhung um 0,5 Pf/kWh)	–	1,93	3,85	5,78	7,70
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**–**	**8,30**	**16,60**	**24,90**	**33,20**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4] auf o. a. Energiebelastung (DM)		1,33	2,66	3,98	5,31
III. Monatliche Mehrbelastung aller Stufen: (ohne Umsatzsteuer) in DM	**19,00**	**27,30**	**35,60**	**43,90**	**52,20**
IV. Monatliche Entlastung durch Senkung der RV-Beiträge (1.+2. Stufe zusammen)[5]	**- 20,00**	**- 25,00**	**- 30,00**	**- 30,00**	**- 30,00**
V. Per Saldo: Mehrbelastung/Entl.(-) in DM	**- 1,00**	**2,30**	**5,60**	**13,90**	**22,20**
VI. Mehrbelastung/Entlastung (-) per Saldo gegenüber Vorjahr – in DM	**–**	**3,30**	**3,30**	**8,30**	**8,30**
– in Euro	**–**	**1,69**	**1,69**	**4,24**	**4,24**

Anmerkungen:

1) Bei einem Verbrauch von 18 480 kWh jährlich.

2) Bei 15 000 km Jahresfahrleistung und einem Verbrauch von 8,5 Liter/100 km.

3) Bei einem Verbrauch von 4 620 kWh jährlich.

4) Der nachrichtlich ausgewiesenen Umsatzsteuermehrbelastung auf die angehobene Mineralöl-/Stromsteuer steht im Regelfall eine gleich hohe Umsatzsteuerersparnis gegenüber: Das für die höhere Ökosteuer einzusetzende verfügbare Einkommen kann nicht mehr anderweitig umsatzsteuerwirksam ausgegeben werden.

5) Es wird von folgenden Senkungen der RV-Beiträge ausgegangen: 1998 = 20,3 v. H.; ab 1. 4. 1999 = 19,5 v. H.; 2000 = 19,3 v. H.; 2001 = 19,1 v. H.; 2002 = 19,1 v. H.; 2003 = 19,1 v. H. (lt. RV-Bericht 2001). Von den jeweiligen Senkungen der RV-Beiträge profitieren die Arbeitnehmer je zur Hälfte.

Auswirkungen der Ökologischen Steuerreform und der Senkung der Einkommensteuer auf einen Haushalt mit mtl. 5 000 DM Einkommen (Familienstand: verh., 3 Kinder)

	1999	2000	2001	2002	2003
I. Erste Stufe ab 1. 4. 1999					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Heizöl (Erhöhung um 4 Pf/Liter) oder	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Erdgas[1] (Erhöhung um 0,32 Pf/kWh)	5,15	5,15	5,15	5,15	5,15
c) Benzin[2] (Erhöhung um 6 Pf/Liter)	6,38	6,38	6,38	6,38	6,38
d) Strom[3] (Besteuerung mit 2 Pf/kWh)	8,05	8,05	8,05	8,05	8,05
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**19,58**	**19,58**	**19,58**	**19,58**	**19,58**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4] auf o. a. Energiebelastung (DM)	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13
II. Weitere Stufen ab 1. 1. 2000					
1. Monatliche Mehrbelastung in DM bei:					
a) Benzin[2] (jährliche Erhöhung um 6 Pf/l)	–	6,38	12,75	19,13	25,50
b) Strom[3] (jährl. Erhöhung um 0,5 Pf/kWh)	–	2,01	4,03	6,04	8,05
2. Monatliche Mehrbelastung zusammen (DM):	**–**	**8,39**	**16,78**	**25,16**	**33,55**
nachrichtlich:					
Umsatzsteuer[4] auf o. a. Energiebelastung (DM)		1,34	2,68	4,03	5,37
III. Monatliche Mehrbelastung aller Stufen: (ohne Umsatzsteuer) in DM	**19,58**	**27,96**	**36,35**	**44,74**	**53,13**
IV. Monatliche Entlastung durch Senkung der RV-Beiträge (1.+2. Stufe zusammen)[5]	**- 20,00**	**- 25,00**	**- 30,00**	**- 30,00**	**- 30,00**
V. Per Saldo: Mehrbelastung/Entl.(-) in DM	**- 0,42**	**2,96**	**6,35**	**14,74**	**23,13**
VI. Mehrbelastung/Entlastung (-) per Saldo gegenüber Vorjahr – in DM	**–**	**3,39**	**3,39**	**8,39**	**8,39**
– in Euro	**–**	**1,73**	**1,73**	**4,29**	**4,29**

Anmerkungen:

1) Bei einem Verbrauch von 19 320 kWh jährlich.

2) Bei 15 000 km Jahresfahrleistung und einem Verbrauch von 8,5 Liter/100 km.

3) Bei einem Verbrauch von 4 830 kWh jährlich.

4) Der nachrichtlich ausgewiesenen Umsatzsteuermehrbelastung auf die angehobene Mineralöl-/Stromsteuer steht im Regelfall eine gleich hohe Umsatzsteuerersparnis gegenüber: Das für die höhere Ökosteuer einzusetzende verfügbare Einkommen kann nicht mehr anderweitig umsatzsteuerwirksam ausgegeben werden.

5) Es wird von folgenden Senkungen der RV-Beiträge ausgegangen: 1998 = 20,3 v. H.; ab 1. 4. 1999 = 19,5 v. H.; 2000 = 19,3 v. H.; 2001 = 19,1 v. H.; 2002 = 19,1 v. H.; 2003 = 19,1 v. H. (lt. RV-Bericht 2001). Von den jeweiligen Senkungen der RV-Beiträge profitieren die Arbeitnehmer je zur Hälfte.

J. Belastung mit Sozialversicherungbeiträgen

72. Wie hoch war 1998 in den alten und neuen Bundesländern der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung und wie hoch wird er voraussichtlich im Jahr 2002 sein?

Der jahresdurchschnittliche allgemeine Beitragssatz lag 1998 bundesweit bei 13,6 %, in den alten Bundesländern bei 13,5 % und in den neuen Ländern bei 13,9 %. Bis zum Jahr 2001 konnte der Beitragssatz auf einem Niveau von 13,6 % stabilisiert werden, wobei der Abstand zwischen den alten (13,6 %) und den neuen Ländern (13,7 %) bereits deutlich verringert werden konnte.

Unter Berücksichtigung der zum 1. April 2002 zu erwartenden Mitgliederwanderungen ist im Jahresdurchschnitt 2002 in den alten und neuen Bundesländern sowie bundesweit mit einem Beitragssatzniveau von etwas unter 14 % zu rechnen.

73. In welcher Höhe wird 2002 gegenüber 1998 die Gesamtbelastung mit Beiträgen zu den Sozialversicherungen sinken?

Die Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Pflegeversicherung betrugen im gesamten Zeitraum zwischen 1998 und 2002 unverändert 6,5 % bzw. 1,7 %. Im gleichen Zeitraum ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 20,3 % im Jahre 1998 um 1,2 Prozentpunkte gesunken (s. a. Antwort zu Frage 70), während der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung von 13,6 % im Jahre 1998 um knapp 0,4 Prozentpunkte angestiegen ist (s. a. Antwort zu Frage 72). Die Gesamtbelastung mit Beiträgen zu den Sozialversicherungen wird nach diesem Stand im Jahre 2002 gegenüber 1998 um rd. 0,8 Prozentpunkte sinken.

74. Wie hat sich seit 1990 lt. Statistik der Rentenversicherungsträger in den alten und neuen Bundesländern der Anteil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entwickelt, deren Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung liegt?

Wegen Anfangsproblemen bei der Einführung des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung ergeben sich zuverlässige Angaben zu der Frage für die neuen Länder erst ab dem Berichtsjahr 1992. Die Angaben beziehen sich auf die Kennwerte der hochgerechneten Jahresentgelte im jeweiligen Berichtsjahr. Die Hochrechnung bewirkt, dass auch Entgelte aus unterjähriger Beschäftigung mit dem Jahreswert der Beitragsbemessungsgrenze verglichen werden können.

Die nachstehende Tabelle zeigt, dass der Anteil der Beschäftigten mit einem (hochgerechneten) Entgelt oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in den alten Bundesländern von 1992 bis 2000 von 6,5 % auf 5,6 % gesunken ist, während im gleichen Zeitraum der Anteil oberhalb der für die neuen Länder geltenden Beitragsbemessungsgrenze von 1,9 % auf 2,8 % gestiegen ist.

Jahr	Beitragsbemessungsgrenzen der Rentenversicherung (Jahreswerte)				Beschäftigte insgesamt			Fälle mit Entgelt ab der Beitragsbemessungsgrenze					
					Männer	Frauen	Männer und Frauen	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	ArV+AnV	KnV	ArV+AnV	KnV	Anzahl			Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
	- in DM -		- in Euro -										
Alte Bundesländer													
1992	81.600	100.800	41.721	51.538	14.045.295	9.763.749	23.809.044	1.433.479	10,2%	118.207	1,2%	1.551.686	6,5%
1993	86.400	106.800	44.176	54.606	13.655.755	9.641.496	23.297.251	1.291.709	9,5%	107.453	1,1%	1.399.162	6,0%
1994	91.200	112.800	46.630	57.674	13.304.756	9.459.588	22.764.344	1.164.571	8,8%	94.837	1,0%	1.259.408	5,5%
1995	93.600	115.200	47.857	58.901	13.131.118	9.434.183	22.565.301	1.179.165	9,0%	100.785	1,1%	1.279.950	5,7%
1996	96.000	117.600	49.084	60.128	13.006.866	9.358.843	22.365.709	1.158.823	8,9%	102.796	1,1%	1.261.619	5,6%
1997	98.400	121.200	50.311	61.969	12.986.111	9.336.066	22.322.177	1.107.372	8,5%	100.405	1,1%	1.207.777	5,4%
1998	100.800	123.600	51.538	63.196	12.595.041	9.176.091	21.771.132	1.074.406	8,5%	102.361	1,1%	1.176.767	5,4%
1999	102.000	124.800	52.152	63.809	12.902.643	9.557.991	22.460.634	1.160.101	9,0%	118.902	1,2%	1.279.003	5,7%
2000	103.200	127.200	52.765	65.036	13.209.812	9.866.524	23.076.336	1.156.040	8,8%	128.731	1,3%	1.284.771	5,6%
Neue Bundesländer													
1992	57.600	70.800	29.450	36.199	3.195.596	2.747.400	5.942.996	93.214	2,9%	21.339	0,8%	114.553	1,9%
1993	63.600	78.000	32.518	39.881	3.025.314	2.631.640	5.656.954	117.298	3,9%	27.821	1,1%	145.119	2,6%
1994	70.800	87.600	36.199	44.789	3.076.679	2.669.700	5.746.379	113.646	3,7%	23.830	0,9%	137.476	2,4%
1995	76.800	93.600	39.267	47.857	3.075.415	2.681.915	5.757.330	107.467	3,5%	22.109	0,8%	129.576	2,3%
1996	81.600	100.800	41.721	51.538	2.999.189	2.622.384	5.621.573	98.527	3,3%	20.391	0,8%	118.918	2,1%
1997	85.200	104.400	43.562	53.379	2.895.822	2.526.110	5.421.932	89.044	3,1%	17.944	0,7%	106.988	2,0%
1998	84.000	103.200	42.949	52.765	2.758.168	2.495.537	5.253.705	102.513	3,7%	24.331	1,0%	126.844	2,4%
1999	86.400	105.600	44.176	53.992	2.801.809	2.521.008	5.322.817	101.855	3,6%	24.565	1,0%	126.420	2,4%
2000	85.200	104.400	43.562	53.379	2.742.959	2.497.608	5.240.567	113.717	4,1%	31.081	1,2%	144.798	2,8%

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Statistik Aktiv-Versicherte, Tabellen 67.01 V, 67.02 V und 68.01 V, 68.02 V

75. Wie hat sich seit 1990 in den alten und neuen Bundesländern der Anteil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entwickelt, deren Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung liegt?

Arbeitnehmer werden in der GKV-Statistik nicht direkt erfasst. Hilfsweise können zur Quantifizierung jedoch die freiwilligen Mitglieder mit einem Krankengeldanspruch nach Ablauf von 6 Wochen herangezogen werden. Der Anteil dieser freiwilligen Mitglieder an der Gesamtzahl der Mitglieder ohne Rentner hat sich wie folgt entwickelt:

	Alte Länder	Neue Länder
	Anteil in v.H.	
1991	8,5	
1992	9,1	2,9
1993	9,5	2,6
1994	9,4	4,4
1995	8,5	4,6
1996	8,3	4,7
1997	8,5	4,7
1998	8,3	4,5
1999	8,1	4,7
2000	8,2	4,8
2001	8,5	4,9
2002	8,8	3,3

Quelle: GKV-Statistik BMG, Vordruck KM 1

Für die neuen Länder liegen erst ab dem Jahr 1992 valide Daten vor. Ab 1995 wurden die Mitglieder mit Wohnsitz in Berlin-Ost dem Bereich der alten Bundesländer zugeordnet.

76. Wie werden sich infolge der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung und das Nettorentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 (Angaben bitte für die einzelnen Jahre) entwickeln?

In der nachstehenden Anlage sind der Beitragssatz, die monatliche Bruttostandardrente sowie das zugehörige Nettorentenniveau zum Zeitpunkt der Verabschiedung des AVmEG (Mai 2001) dargestellt.

Versorgungsniveau im Alter für den Rentenneuzugang aus GRV und geförderter zusätzlicher Altersvorsorge
Stand Mai 2001

	1	2	3	4	5	6
Jahr	Beitragssatz zur GRV	Bruttostandard-rente	Nettorenten-niveau dazu	Bruttokapitalrente für Neuzugang bei 4% Zins p.a.	Gesamt-versorgung (2 + 4)	Gesamtver-sorgungsniveau für Zugang
	in v. H.	in € mtl.	in v. H.	in € mtl.	in € mtl.	in v. H.
2001	19,1	1.139,13	69,1	0,00	1.139,13	69,1
2002	19,0	1.160,30	70,1	1,08	1.161,38	70,1
2003	18,7	1.182,39	69,1	2,21	1.184,60	69,3
2004	18,7	1.213,68	70,2	4,55	1.218,23	70,5
2005	18,6	1.241,06	68,3	7,05	1.248,11	68,7
2006	18,6	1.270,74	69,0	10,87	1.281,61	69,6
2007	18,4	1.300,65	68,7	14,94	1.315,59	69,5
2008	18,4	1.334,47	69,5	20,55	1.355,02	70,5
2009	18,4	1.365,76	69,3	26,46	1.392,22	70,7
2010	18,3	1.397,74	69,0	32,74	1.430,48	70,6
2011	18,3	1.441,92	69,1	39,54	1.481,46	70,9
2012	18,4	1.485,18	69,3	46,88	1.532,06	71,5
2013	18,5	1.527,51	69,5	54,69	1.582,20	72,0
2014	18,5	1.571,00	69,6	62,98	1.633,98	72,4
2015	18,8	1.618,16	69,8	71,80	1.689,96	72,9
2016	18,9	1.659,35	69,8	81,17	1.740,52	73,2
2017	19,0	1.706,51	69,6	91,07	1.797,58	73,3
2018	19,1	1.755,06	69,5	101,57	1.856,63	73,5
2019	19,3	1.804,99	69,4	112,69	1.917,68	73,7
2020	19,4	1.853,54	69,2	124,56	1.978,10	73,9
2021	19,5	1.906,22	69,1	137,13	2.043,35	74,0
2022	19,7	1.960,52	69,0	150,24	2.110,76	74,2
2023	20,0	2.013,21	68,8	164,20	2.177,41	74,4
2024	20,0	2.064,29	68,5	178,94	2.243,23	74,4
2025	20,4	2.126,18	68,4	194,21	2.320,39	74,6
2026	20,7	2.176,80	68,4	209,97	2.386,77	75,0
2027	21,0	2.231,79	68,4	226,67	2.458,46	75,4
2028	21,3	2.288,16	68,3	244,17	2.532,33	75,5
2029	21,6	2.345,91	68,2	262,52	2.608,43	75,8
2030	21,8	2.405,04	68,0	281,72	2.686,76	76,0

Hinweise:
- Rechnung für Standardrentner (45 Jahre Beitragszahlung aus Durchschnittsverdienst),
- Altersvorsorgeaufwand steigt von 1 v. H. in 2002 auf 4 v. H. in 2008 alle 2 Jahre um 1 v. H.,
- Altersvorsorgeanteil wirkt voll auf den Nettolohn, Anpassungswirkung wird in 0,5 v. H.-Schritten geglättet,
- Leistung aus Kapitaldeckung wird wie Rente aus der GRV angepasst.

77. Wie werden sich gemäß Rentenversicherungsbericht 2001 der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung und das Nettorentenniveau in den im Bericht angegebenen Kalenderjahren (Angaben bitte für die einzelnen Jahre) entwickeln?

In der nachstehenden Anlage sind der Beitragssatz, die monatliche Bruttostandardrente sowie das zugehörige Nettorentenniveau zu dem Berechnungsstand November 2001 (Rentenversicherungsbericht 2001) dargestellt. Der im Vergleich zum Mai rd. 0,3 Punkte höhere Beitragssatz im RVB 2001 ist vor allem Folge der konjunkturbedingten Abschwächung des Wirtschaftswachstums, die zu geringeren Einnahmen aus dem Mehrwertsteueraufkommen und aus Beiträ-

gen führt. Auf der Ausgabenseite führt die im Vergleich zur Mai-Schätzung höhere Zunahme der Pro-Kopf-Löhne des Jahres 2001 zu höheren Rentenausgaben ab Mitte 2002.

Das im Vergleich zum Mai höhere Rentenniveau ab 2005 beruht auf einer nun höher eingeschätzten Belastung der Nettolöhne durch die Lohnsteuer.

Finanzentwicklung der GRV Stand RVB 2001			
Jahr	Beitragssatz zur GRV	Bruttostandardrente	Nettorentenniveau dazu
	in v.H.	in € mtl.	in v.H.
2001	19,1	1.139	68,8
2002	19,1	1.165	69,9
2003	19,1	1.188	69,9
2004	19,0	1.212	70,6
2005	19,0	1.237	69,7
2006	18,8	1.261	70,2
2007	18,8	1.294	69,9
2008	18,7	1.324	70,7
2009	18,7	1.357	70,5
2010	18,7	1.389	70,3
2011	18,7	1.431	70,3
2012	18,9	1.474	70,5
2013	18,8	1.513	70,5
2014	19,1	1.561	70,8
2015	19,1	1.601	70,8

78. Wie hoch war der jeweilige Beitragsanteil, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeber aufbrachten, um das im Jahr 1999 geltende Rentenniveau von rund 71 % zu sichern?

Der Beitragssatz zur Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten betrug vom 1. Januar bis zum 31. März 1999 20,3 % (jeweils 10,15 % für Arbeitnehmer und Arbeitgeber), ab dem 1. April 1999 19,5 % (jeweils 9,75 % für Arbeitnehmer und Arbeitgeber).

79. Wie hoch ist der jeweilige Beitragsanteil, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber aufbringen werden, um – unter Berücksichtigung der gesetzlich geförderten Eigenvorsorge – im Jahr 2030 ein Rentenniveau von rund 72 % zu sichern?

Ziel der Rentenreform ist es, den Beitragssatz zur Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bis zum Jahr 2030 nicht über 22 % ansteigen zu lassen. Damit ergibt sich eine paritätische Belastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern von jeweils rd. 11 %. In der Anlage, die in der Antwort zu Frage 76 abgedruckt ist, ist die Gesamtversorgung eines Durchschnittsverdieners dargestellt, der ab 2002 1 %, ab 2004 2 %, ab 2006 3 % und ab 2008 4 % seines Bruttoentgelts für die geförderte zusätzliche Altersvorsorge aufwendet. Für den Rentenzugang des Jahres 2030 ergibt sich ein Gesamtversorgungsniveau von rd. 76 %. Dabei wurde eine Verzinsung von 4 % p. a. angenommen. Wird ein Gesamtversorgungsniveau von rd. 72 % angestrebt, reduziert sich der Aufwand zur

geförderten zusätzlichen Altersvorsorge auf unter 2 % des Bruttolohns. Der tatsächliche Aufwand des Arbeitnehmers wird, bedingt durch steuerliche und Zulagenförderung, erheblich unter diesem Satz liegen. Die Förderung kann je nach Einkommenshöhe, Familienstand und Anzahl der Kinder bis zu 90 % des Arbeitnehmeraufwandes betragen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333